

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - SR/082(IV)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 30.04.2009	Ratssaal	14:00Uhr	21:05Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 81.(IV) Sitzung vom 26.03.09
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat

5.1	Jahresabschluss 2007 der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (MVGGM) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0045/09
5.2	Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0058/09
5.2.1	Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg BA SFM	DS0058/09/ 1
5.2.2	Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE	DS0058/09/ 2
5.2.3	Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss StBV	DS0058/09/ 3
5.2.4	Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss StBV	DS0058/09/ 4
5.2.5	Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg Jugendhilfeausschuss	DS0058/09/ 5
5.2.6	Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE	DS0058/09/ 6
5.3	Finanzierung von Investitionen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) - Konjunkturpaket II BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0104/09
5.3.1	Finanzierung von Investitionen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) - Konjunkturpaket II Oberbürgermeister	DS0104/09/ 1

5.3.2	Finanzierung von Investitionen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) - Konjunkturpaket II CDU-Fraktion	DS0104/09/ 2
5.4	Ausstellung "Otto Imperator. Kaisertum im ersten Jahrtausend" im Jahr 2012 BE: Bürgermeister	DS0003/09
5.5	Grundsatzbeschluss zum weiteren Verfahren der Sanierung der Gruson-Gewächshäuser BE: Bürgermeister	DS0017/09
5.5.1	Grundsatzbeschluss zum weiteren Verfahren der Sanierung der Gruson-Gewächshäuser Interfraktionell	DS0017/09/ 1
5.6	Regelung zur Namensgebung von Schulen BE: Bürgermeister	DS0039/09
5.6.1	Regelung zur Namensgebung von Schulen CDU - Fraktion	DS0039/09/ 1
5.7	Zweite Änderungssatzung zur Satzung über die Schülerbeförderung der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Bürgermeister	DS0036/09
5.8	Feststellungsbeschluss zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2009/10-2013/14 BE: Bürgermeister	DS0150/09
5.9	Magdeburg-Pass: Rahmenkonzept, Ideenwerkstatt und Kundenbefragung BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0027/09
5.10	1. Änderung der Parkgebührenordnung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0015/09
5.10.1	1. Änderung der Parkgebührenordnung Ausschuss StBV	DS0015/09/ 1

5.10.2	1. Änderung der Parkgebührenordnung  CDU - Fraktion	DS0015/09/ 2
5.11	Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 103-6 "Östlich August-Bebel-Damm"  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0016/09
5.12	Behandlung der Stellungnahmen zum einfachen Bebauungsplan Nr. 111-1a "Großer Silberberg Süd"  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0021/09
5.13	Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 111-1A "Großer Silberberg Süd"  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0022/09
5.14	Straßenbenennungen "Zur Hubbrücke" und "Zum Rotehornblick"  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0024/09
5.15	Erweiterung des Anpassungsgebietes in der Ortslage Rothensee durch förmliche Festlegung nach § 170 BauGB i. V. m. § 165 Abs. 6 BauGB  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0086/09
5.16	Umlegungsanordnung für den Bebauungsplan "Am Vogelgesang / Zoo"  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0503/08
5.17	Erneute Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 121-2 "Am Vogelgesang / Zoo"  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0530/08
5.17.1	Erneute Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 121-2 "Am Vogelgesang / Zoo"  Ausschuss StBV	DS0530/08/ 1
5.17.2	Erneute Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 121-2 "Am Vogelgesang / Zoo"  Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0530/08/ 2
5.18	Beschluss über den geänderten Entwurf und die erneute öffentliche Auslegung des B-Planes Nr. 121-2 "Am Vogelgesang / Zoo"  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0529/08

5.18.1	Beschluss über den geänderten Entwurf und die erneute öffentliche Auslegung des B-Planes Nr. 121-2 "Am Vogelgesang / Zoo"	DS0529/08/ 1
	Ausschuss UWE	
5.19	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 425-1 "Kirschweg / Hermann-Hesse-Straße"	DS0008/09
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.20	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 302-3 "Herbert-Landwehr-Straße"	DS0632/08
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
5.21	Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 157-1 "Neustädter See"	DS0637/08
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz"	A0207/08
	Fraktion DIE LINKE WV v. 06.11.08	
6.1.1	Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz"	A0207/08/1
	Interfraktionell	
6.1.2	Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz"	A0207/08/2
	SR Dr. Hildebrand Fraktion DIE LINKE	
6.1.3	Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz"	S0281/08
6.2	Skulptur "Der Gekreuzigte"	A0242/08
	CDU - Fraktion WV v. 26.01.09	
6.2.1	Skulptur "Der Gekreuzigte"	A0242/08/1
	Kulturausschuss	
6.2.2	Skulptur "Der Gekreuzigte"	S0058/09

6.3	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan " Am Hammelberg" CDU - Fraktion WV v. 22.01.09	A0249/08
6.3.1	Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan " Am Hammelberg"	S0059/09
6.4	Einführung eines Tempolimits in der Arndtstraße Fraktion BfM WV v. 22.01.09	A0003/09
6.4.1	Einführung eines Tempolimits in der Arndtstraße SR Jürgen Canehl und Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0003/09/1
6.4.2	Einführung eines Tempolimits in der Arndtstraße	S0057/09
6.5	Präventionsprogramm in Brennpunkten FDP - Fraktion WV v. 22.,01.09	A0006/09
6.5.1	Präventionsprogramm in Brennpunkten	S0039/09
6.6	Sachstand und Perspektiven der interkommunalen Zusammenarbeit FDP - Fraktion WV v. 22.01.09	A0007/09
6.6.1	Sachstand und Perspektiven der interkommunalen Zusammenarbeit	S0052/09
6.7	Schaffung eines Fluchtweges in den Grusonschen Gewächshäusern Fraktion DIE LINKE WV v. 26.02.09	A0021/09
6.7.1	Schaffung eines Fluchtweges in den Grusonschen Gewächshäusern	S0061/09
6.8	Tempo 30 im Breiten Weg SPD - Fraktion WV v. 26.02.09	A0033/09

6.8.1	Tempo 30 im Breiten Weg	A0033/09/1
6.8.2	Tempo 30 im Breiten Weg	S0071/09
6.9	Kunstgegenstände im Kloster Unser Lieben Frauen CDU - Fraktion WV v. 22.01.09	A0008/09
6.9.1	Kunstgegenstände im Kloster Unser Lieben Frauen CDU - Fraktion	A0008/09/1
6.9.2	Kunstgegenstände im Kloster Unser Lieben Frauen	S0038/09
6.10	Erstellung einer Liste von Kunst im öffentlichen Raum CDU - Fraktion WV v. 22.01.09	A0009/09
6.10.1	Erstellung einer Liste von Kunst im öffentlichen Raum	S0069/09
6.11	Erläuterungstafeln für das Mahnmal Magda CDU - Fraktion WV v. 26.02.09	A0038/09
6.11.1	Erläuterungstafeln für das Mahnmal Magda	A0038/09/1
6.11.2	Erläuterungstafeln für das Mahnmal Magda	S0074/09
6.12	Schulen ins Netz FDP - Fraktion	A0061/09
6.13	Touristische Erschließung in Südost SPD - Fraktion	A0077/09
6.14	Überquerung der Großen Diesdorfer Straße SR Walter Meinecke	A0078/09

	Fraktion DIE LINKE	
6.15	Schulwegsicherung Große Diesdorfer Straße/Schmeilstraße SPD - Fraktion	A0097/09
6.16	Werbung für die Wahlinitiative U 18 FDP - Fraktion	A0079/09
6.17	Erstellung einer Übersicht leerstehender Gebäude Fraktion BfM	A0081/09
6.18	Symposium Zukunftsperspektiven für den Wirtschaftsstandort Magdeburg FDP - Fraktion	A0089/09
6.19	Präsentation von Gegenwartskunst SR Karin Meinecke Fraktion DIE LINKE	A0090/09
6.20	Förderprogramm für den Nordabschnitt des Breiten Weges CDU - Fraktion	A0086/09
6.21	Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft CDU - Fraktion	A0087/09
6.22	Zusammenarbeit Braunschweig - Radom - Saporoshje - Sarajevo - Magdeburg CDU - Fraktion	A0088/09
6.23	Einrichtung einer Tempo-30-Zone CDU - Fraktion	A0092/09
6.24	Graffiti-Projekt in Magdeburg CDU - Fraktion	A0093/09
6.25	Werbefinanziertes Amtsblatt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0091/09
6.26	Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans für Neu-Reform Fraktion future! - Die junge Alternative	A0095/09
6.27	Bebauungsplan Wissenschaftshafen	A0096/09

	Fraktion future! - Die junge Alternative	
6.28	Ärztmangel in Magdeburg SPD - Fraktion	A0075/09
6.28.1	Ärztmangel in Magdeburg FDP - Fraktion	A0075/09/1
6.29	Benennung eines Platzes mit dem Namen "Klaus-Miesner-Platz" Fraktion BfM	A0076/09
6.30	Aberkennung der Ehrenbürgerwürde Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0082/09
6.30.1	Aberkennung der Ehrenbürgerwürde Interfraktionell	A0082/09/1
6.31	Beteiligung am Modellprojekt "Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme - Neue Mobilität in Städten" CDU - Fraktion	A0085/09
6.32	Stadtteilvitrine im Rathaus Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0094/09
6.33	Sanierung der Humboldt-Sporthalle Interfraktionell	A0103/09
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
7.1	Werner Kästner - Entschädigung gek. Garage	
7.2	Jens Bärwald - Abriss Haus Talente	
7.3	Manuela Hasenfuß - SB-Bau H. Bruse-Platz	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	

8.1	Gartenhaus im Klosterberggarten Gartenhaus, Klosterberggarten	F0054/09
8.2	Zoobesuch mit Familieneintrittskarte Zoobesuch, Familienkarte	F0053/09
8.3	Teilnahme an SGK-Tagung	F0057/09
8.4	Nutzung Schulgelände Am Glacis	F0061/09
8.5	Abbau von Postbriefkästen	F0063/09
8.6	EU-Förderprogramm Öffentliche Gesundheit	F0060/09
8.7	Martin-Gallus-Weg	F0048/09
8.8	Hundesteuermarken	F0050/09
8.9	Schulmuseum	F0049/09
8.10	Verkehrssituation auf der Sternbrücke	F0052/09
8.11	Umsetzung Kampfhundegesetz LSA	F0051/09
8.12	Externe Stellenausschreibungen	F0056/09
8.13	Anfrage zur Information I0082/09	F0058/09
8.14	Gelände der ehemaligen Bördebrauerei	F0055/09

8.15	Zustand Straßenbeleuchtung Knochenhauerufer	F0059/09
8.16	Sportanlage Tonschacht, 1. Bauabschnitt (oberer Schotterplatz)	F0062/09
8.17	Naherholungsgebiet Salbker See	F0064/09
9	Informationsvorlagen	
9.1	Fördermittelbearbeitung	I0304/08
9.2	Ablaufplan zur Erarbeitung des Haushaltsplanes 2010 (Finanz- und Ergebnisplan)	I0019/09
9.3	Ersatz des Spielplatzes im Vogelgesangpark	I0025/09
9.4	Projekt Familienpaten - Sachstandsbericht	I0032/09
9.5	Arbeitsstand zur Intensivierung der Europaarbeit auf kommunaler Ebene	I0046/09
9.6	Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personal- und Bezügeverwaltung	I0047/09
9.7	Information zum A 0044/09 - Unterstützung "Musik am Nachmittag"	I0053/09
9.8	Bericht über die Umsetzung der Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0054/09
9.9	Intensivierung der Städtepartnerschaft mit Nashville/TN Beschluss-Nr. 1345-44 (IV) 07	SR I0081/09

- |      |  |          |
|------|--|----------|
| 9.10 | Teilnahme an der Aktion "Premiere Star Kinderwelt"   | I0084/09 |
| 9.11 | Diplomatische und konsularische Repräsentanten zu einer herausragenden Veranstaltung in Magdeburg einladen | I0077/09 |
| 9.12 | Fair und regional produzierte Blumen   | I0082/09 |

#### Nichtöffentliche Sitzung

- |      |   |           |
|------|---|-----------|
| 10   | Beschlussfassung durch den Stadtrat   |           |
| 10.1 | Wiederwahl von Schiedsleuten<br>BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung  | DS0063/09 |
| 10.2 | Vermarktung und Verwertung von Altpapier aus der Landeshauptstadt Magdeburg<br>BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung | DS0121/09 |
| 11   | Informationsvorlagen  |           |
| 11.1 | Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Prüfung der Vergabe von Aufträgen an Inkassounternehmen zur Realisierung von privatrechtlichen Forderungen | I0050/09  |

## Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 82.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	38	“	“
maximal anwesend	46	“	“
entschuldigt	11	“	“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge informiert, dass der Oberbürgermeister in seiner Dienstberatung am 07.04.2009 folgenden Antrag auf Auszeichnung nach § 7 der Ehrenbürgerschaft mit der „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ beschlossen hat:

GWG Gartenstadt-Kolonie Reform Eg  
 eingereicht am 27.10.2008  
 Gründungsdatum 04.01.1909  
 „Stadtplakette der Landeshauptstadt Magdeburg“ in Gold  
 DS0116/09 – Beschlussnummer 091-13/09

2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**1. Erweiterung der TO**

A0103/09 - Interfraktionell  
Sanierung der Humboldt-Sporthalle

(2/3 Mehrheit) als TOP 6.33

**2. zurückgezogene TOP**

Die TOP 5.17

DS0530/08  
Erneute Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 121-2  
„Am Vogelgesang/Zoo“

und 5.18

DS0529/08  
Beschluss über den geänderten Entwurf und die erneute  
öffentliche Auslegung des B-Planes Nr. 121-2 „Am  
Vogelgesang/Zoo

werden von der heutigen Tagesordnung zurückgezogen.

Der TOP 6.5

A0006/09 - FDP-Fraktion  
Präventionsprogramm in Brennpunkten

wird zurückgezogen.

Der TOP 6.31

A0085/09 – CDU-Fraktion  
Beteiligung am Modellprojekt “Innovative öffentliche  
Fahradverleihsysteme – Neue Mobilität in Städten“

wird zurückgezogen.

**3. Hinweis**

Der Antrag zur Aufnahme des interfraktionellen Antrages A0101/09 – Tunnel-Modell - in die heutige Tagesordnung des Stadtrates findet keine 2/3 Mehrheit und wird abgelehnt.

Zum TOP 9.12 – I0082/09 meldet Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Gesprächsbedarf an.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 81.(IV) Sitzung vom 26.03.09
- 

**Redaktionelle Änderung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

Auf der Seite 30 muss es im 4. Absatz richtig heißen:

..... entsprechend der Variante **3**.

**Abstimmungsrelevante Ergänzung: (mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen angenommen)**

Auf der Seite 53 soll der 6. Absatz wie folgt ergänzt werden:

**Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal fragt nach dem Grund für den beantragten Abbruch, da eine Einbeziehung der Bürgerschaft bislang noch nicht vorgekommen sei und in dieser Frage durchaus berechtigt wäre.**

**Abstimmungsrelevante Ergänzung der SPD-Fraktion: (einstimmig angenommen)**

Auf der Seite 66 soll unter TOP 9.1 folgender Absatz ergänzt werden:

**Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, erklärt, für ihn sei zwingend zur Sicherheit der Schulkinder eine Ampelregelung nötig. Er könne der Information daher nicht folgen, weil sie von Kindern ein rationales Verhalten verlange. Er habe einen entsprechende Antrag zur Schulwegsicherung vorbereitet.**

**Redaktionelle Änderungen der Fraktion DIE LINKE:**

Auf der Seite 20 ist im 3. Absatz , 2. Zeile einzufügen :

....für schwierig, **aber wichtig und verweist in diesem Zusammenhang auf die Definition von „Barrierefreiheit“** und präferiert.....

Auf der Seite 22 ist im 2. Absatz von unten, 1. Zeile einzufügen:

Stadtrat Müller, **Fraktion DIE LINKE**, ....

Auf der Seite 46 muss es unter TOP 6.17 im 2. Absatz, 2. Zeile richtig heißen:

...**aktuell richtigerweise Klinikum Magdeburg gGmbH** heißen muss.

Auf der Seite 49 muss es unter TOP 6.24 im 1. Absatz, 1. Zeile richtig heißen:

Stadtrat **Dr. Zimmer**,.....

#### **Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion:**

Auf der Seite 19 ist der letzte Absatz wie folgt zu ergänzen:

....als sinnvoll **und notwendig. Darüber hinaus weißt er darauf hin, das ein nachträglicher Einbau weitaus höhere Kosten verursachen würde.**

Auf der Seite 61 muss die Nummerierung der Fragen unter TOP 8.5 richtig lauten:

**1. und 2.**

Das geänderte Beschlussprotokoll der 81. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 26.03.2009 wird einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

---

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

## 5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

---

- 5.1. Jahresabschluss 2007 der Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (MVGM) DS0045/09  
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, macht mit Hinweis auf die avisierte Drucksache zum Verkauf des AMO Kultur- und Kongresshauses auf die Anlagen zur vorliegenden Drucksache DS0045/09 aufmerksam.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

### Beschluss-Nr. 2463-82(IV)09

1. Der Stadtrat nimmt den von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2007 der MVGM zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftsvertreter der MVGM werden angewiesen:
  - den Jahresabschluss 2007 mit einer Bilanzsumme von 12.652.698,65 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 535.062,00 EUR festzustellen,
  - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 535.062,00 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 5.093.443,40 EUR zu verrechnen und insgesamt in Höhe von 5.628.505,40 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
  - den Geschäftsführern, Herrn Hartmuth Schreiber und Herrn Manfred Stietzel, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung zu erteilen,
  - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2008 zu bestellen.

5.2. Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Entwicklung der Kinderspiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt Magdeburg

DS0058/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Zur Beratung liegen vor:

- Änderungsantrag DS0058/09/1 des BA SFM
- Änderungsantrag DS0058/09/2 und /6 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsantrag DS0058/09/3 und /4 des Ausschusses StBV
- Änderungsantrag DS0058/09/5 des Ausschusses Juhi

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann bringt die Drucksache DS0058/09 anhand einer Präsentation ein und bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit in den Ausschüssen. Er geht in seinen Ausführungen u.a. auf folgende Schwerpunkte ein:

- Bevölkerungs- und Kinderentwicklung für die Jahr 1991 – 2020
- zukünftige Entwicklung der Spiel- und Freizeitflächen in der Landeshauptstadt
- Berechnungsgrundlage des Bedarfes an Kinderspiel- und Freizeitflächen

Er informiert im Weiteren über die Kosten für die Unterhaltung dieser Flächen und geht punktuell auf die vorliegenden Änderungsanträge DS0058/09/1 - /6 ein.

Abschließend bittet Herr Zimmermann um Zustimmung zur Drucksache DS0058/09.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Ausschüsse Juhi, StBV und der BA SFM empfehlen die Beschlussfassung unter Beachtung der jeweils vorliegenden Änderungsanträge.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Drucksache DS0058/09 Stellung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, begrüßt die vorliegende Drucksache DS0058/09 und hinterfragt den Informationsfluss zwischen der Landeshauptstadt Magdeburg und den Wohnungsunternehmen, wenn diese auf ihre Spielplätze verzichten oder einzäunen wollen. Er begründet weiterhin die vorliegenden Änderungsanträge DS0058/08/2 und /6 seiner Fraktion.

Stadtrat Canehl, fraktionslos, bedankt sich für die durchgeführte Untersuchung betont aber, dass im Stadtfeld Ost kein Rückgang der Kinderanzahl sondern eine Zunahme an Kindern zu verzeichnen ist. Er sieht auf dem Sektor der Kinderspielplatzsituation ein grundsätzliches Problem, sieht einen Minderbedarf von ca. 18.000 m<sup>2</sup> und nimmt dazu umfassend Stellung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist in seinen Ausführungen u.a. darauf, dass es in allen Stadtteilen Spielplätze in hervorragender Qualität gibt. Er geht im Weiteren auf die Berechnungsgrundlage und auf die Frage der Einzäunung von Spielplätzen ein.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bezeichnet im Namen ihrer Fraktion die vorliegende Drucksache DS0058/09 als sehr formalistisch argumentierend und nimmt kritisch dazu Stellung. Des Weiteren bemängelt sie, dass im Ausschuss StBV das Jugendamt und die Kinderbeauftragte Frau Thäger nicht vertreten waren und dadurch keine weiteren flankierenden Aussagen zur Thematik getroffen wurden. Abschließend übt Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, Kritik, dass die vorzuhaltenden Flächen stur nach  $m^2/Kopf$  berechnet werden.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann sieht einen wechselnden Bedarf in den einzelnen Stadtteilen, bezeichnet die Qualität der Spielplätze aber als gut.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, nimmt zur Drucksache DS0058/09 Stellung und merkt dabei u.a. an, dass das Wichtigste bei der Umsetzung des Grundsatzbeschlusses ist, bestehende Lücken in den nächsten 10 Jahren zu schließen.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, begründet den Änderungsantrag DS0058/09/6.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht in seinem Redebeitrag auf das Problem der bedürftigen Kinder, die kein Geld haben per ÖPNV Spielplätze in anderen Stadtteilen zu besuchen, ein. Er unterstützt den Änderungsantrag DS0058/09/5.

Die Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadträtin Huhn informiert darüber, dass der Ausschuss ebenfalls die Annahme der Drucksache DS0058/09 empfiehlt.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, dankt dem EB SFM für die Erarbeitung der Drucksache DS0058/09 und in diesem Zusammenhang auch für die Pflege der Kinderspiel- und Freizeitflächen. Er merkt an, dass eventuell bestehende Defizite in den nächsten Jahren beseitigt werden können und spricht sich für die Annahme der Drucksache aus.

Die Kinderbeauftragte Frau Thäger erhält das Rederecht und verweist bezüglich des Vorwurfs der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, zu ihrer Nichtbeteiligung an der Thematik auf ihre zur Drucksache DS0058/09 vorliegende Stellungnahme.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal signalisiert ebenfalls seine Zustimmung zur Drucksache DS0058/09.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, informiert über das Diskussionsergebnis im Ausschuss StBV. Er geht dabei insbesondere auf das Problem der Baumaßnahmen auf Spielplätzen ein und bittet darum, diese zu beschleunigen.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Punkt 1 des Änderungsantrages DS0058/09/3 des Ausschusses StBV mit 20 Ja-, 17 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Im Beschlusspunkt 1 wird „ausreichend sind“ gestrichen und ersetzt durch „nicht reduziert werden dürfen“.

Mit der Beschlussfassung zum Punkt 1 des Änderungsantrages DS0058/09/3 des Ausschusses StBV hat sich eine Beschlussfassung zum Änderungsantrag DS0058/09/1 des BA SFM erledigt.

Zum Änderungsantrag DS0058/09/4 des Ausschusses StBV liegt der GO-Antrag –

Überweisung des Änderungsantrages DS0058/09/4 in den BA SFM und in den Ausschuss Juhi – vor.

Gemäß GO-Antrag des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0058/09/4 des Ausschusses StBV wird in den BA SFM und in den Ausschuss Juhi überwiesen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen zahlreichen Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0058/09/6 der Fraktion DIE LINKE –

Im Punkt 2 der Drucksache DS0058/09 ist als zweiter Satz einzufügen:

Dabei ist anzustreben, den Mehrbedarf der Stadtgebiete nach Anlage 3 innerhalb der nächsten vier Jahre zu decken. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Änderungsantrag DS0058/09/2 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusspunkt 2 wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der vorhandenen Analyse eine mittelfristige Planung 2009 – 2019 bezüglich Neuinvestition, Sanierung, Teilrückbau und Rückbau von Spiel- und Freizeitflächen quartiers- und stadtteilbezogen bis zum III. Quartal 2009 dem Stadtrat vorzulegen. **Bei der Beratungsfolge sind die AG Spielplatzpaten und die Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) und deren Hinweise entsprechend zu berücksichtigen.** Die städtischen Gesamtbewirtschaftungskosten in Höhe von 870 TEUR sollen mittelfristig stabil bleiben.

Gemäß Änderungsantrag DS0058/09/5 des Ausschusses Juhi **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag im Punkt 2 wird wie folgt erweitert:

*(Änderung ist kursiv gekennzeichnet)*

#### Punkt 2 neu

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der vorhandenen Analyse eine mittelfristige Planung 2009 – 2019 bezüglich Neuinvestition, Sanierung, *spielpädagogisch-konzeptionelle Ausrichtung*, Teilrückbau und Rückbau von Spiel- und Freizeitflächen quartiers- und stadtteilbezogen bis zum III. Quartal 2009 dem Stadtrat vorzulegen. Die städtischen Gesamtbewirtschaftungskosten in Höhe von 870 TEUR sollen mittelfristig stabil bleiben.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossener Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 2464-82(IV)09

1. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Analyse über vorhandene öffentlich zugängliche private und kommunale Spiel- und Freizeitflächen, dass die Gesamtflächen der Landeshauptstadt Magdeburg die für alle Kinder zur Verfügung stehen, nicht reduziert werden dürfen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der vorhandenen Analyse eine mittelfristige Planung 2009 – 2019 bezüglich Neuinvestition, Sanierung, spielpädagogisch-konzeptionelle Ausrichtung, Teilrückbau und Rückbau von Spiel- und Freizeitflächen quartiers- und stadtteilbezogen bis zum III. Quartal 2009 dem Stadtrat vorzulegen. Bei der Beratungsfolge sind die AG Spielplatzpaten und die Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) und deren Hinweise entsprechend zu berücksichtigen. Die städtischen Gesamtbewirtschaftungskosten in Höhe von 870 TEUR sollen mittelfristig stabil bleiben.

5.3. Finanzierung von Investitionen aus dem  
Zukunftsinvestitionsgesetz (ZuInvG) - Konjunkturpaket II

DS0104/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht in seiner Einführung auf die vom Land vorgegebenen Eckwerte der Mittelbewilligung aus dem Konjunkturpaket II ein. Er führt aus, dass zunächst über die Verwendung der 4,2 Millionen aus der 50 Millionen-Pauschale des Landes zu entscheiden ist. Die Verwendungsvorschläge dazu sind in der Anlage 1 enthalten.

Eine weitere Pauschale in Höhe von insgesamt 105 Millionen ist für Schulen vorgesehen. Die entsprechenden Vorschläge sind in den Anlagen zwei und drei enthalten.

Herr Dr. Trümper erläutert im Folgenden seinen Änderungsantrag, der dem Umstand geschuldet ist, dass wenige Stunden nach der Genehmigung in seiner Dienstberatung die Gesamtsumme vom Ministerium anders dargestellt worden ist, als bisher in der Öffentlichkeit bekannt war. Damit erhöhte sich der für die Landeshauptstadt Magdeburg zur Verfügung gestellte Anteil um 1,72 Millionen. Aus diesem Grund, erklärt Herr Dr. Trümper, wurden in der Anlage 3 die Maßnahmen Kita „Faberstraße“ und Schulkomplex Albert-Vater-Straße ergänzt. Herr Dr. Trümper betont und begründet die Schwerpunktsetzung insbesondere auf Kindertagesstätten. Er erinnert an die über PPP geplante Sanierung von 20 Schulen.

Im Folgenden erläutert er, dass ihm seitens des Landes mehrfach die Deckungsfähigkeit der Schulpauschale zugesichert wurde, sodass sowohl Schulen als auch Kitas gefördert werden können.

Bezugnehmend auf die Debatte zu TOP 5.2 fordert der Oberbürgermeister dazu auf, jetzt Vorschläge zur Sanierung oder zum Bau von Spielplätzen zu unterbreiten. Er macht aber darauf aufmerksam, dass dann andere Maßnahmen gestrichen werden müssen.

Im Folgenden macht der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper Ausführungen zum weiteren Verfahren der Beantragung und Bewilligung der Mittel.

In diesem Zusammenhang kündigt er für die Maisitzung des Stadtrates eine Beschlussvorlage zur Fassung eines Vorfahrtsbeschlusses für das Konjunkturpaket II an.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, merkt an, dass er seiner Fraktion empfehlen wird, der Intention des Oberbürgermeisters zu folgen und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, hält den Vorschlag des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper für vernünftig und spricht sich für einen zügigen Beginn des Verfahrens aus. Er nimmt umfassend zur Thematik Stellung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, signalisiert die Zustimmung zur Drucksache DS0104/09 durch seine Fraktion.

Stadtrat Canehl, fraktionslos, bedankt sich für die Berücksichtigung des Schulkomplexes Albert-Vater-Straße.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Dr. Kutschmann hofft, dass die Umsetzung des Konjunkturpaketes II auch zukünftig die Möglichkeit schafft, den Bürokratieabbau voranzubringen.

Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal, ob alles klar sei oder ob es sich bei den Maßnahmevorschlägen um eine Wunschliste handelt, stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klar, dass die genannten Summen für die Landeshauptstadt Magdeburg unstrittig sind. Allerdings muss das erforderliche Verfahren eingehalten werden.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0104/08/1 des Oberbürgermeisters einstimmig:

Aufgrund eines geänderten Fördervolumens durch das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt kann die Landeshauptstadt Magdeburg aus der - 50 Mio. EUR Pauschale frühkindliche Infrastruktur für 2010 - für Schulen und Kindertagesstätten zusätzlich Fördermittel in Höhe von 1.720.000 EUR beantragen.

Damit sind folgende Veränderungen in der DS0104/09 verbunden:

- a) Änderung der Anlage 3 – Maßnahmevorschläge für Schulen und Kita`s – Konjunkturprogramm 2010 (50 Mio. EUR Pauschale MK) siehe Anlage zum ÄA zur DS0104/09.

- b) Im Beschlusspunkt 1. ändert sich dadurch die Gesamtsumme von 14.320.000 EUR auf 16.040.000 EUR.
- c) Im Beschlusspunkt 2. ändert sich ebenfalls die Gesamtsumme von 14.320.000 EUR auf 16.040.000 EUR und damit ändert sich das Fördervolumen von 12.530.000 EUR auf 14.035.000 EUR sowie der Eigenanteil von 1.790.000 EUR auf 2.005.000 EUR.

Gemäß Änderungsantrag DS0104/09/2 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Bei der Maßnahmenbeschreibung ist folgender Satz in der Anlage 2, Punkt 1, zu ergänzen:

Dabei sind die Besonderheiten der Zooschule zu beachten.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 2465-82(IV)09

1. Die Maßnahmelisten zur Umsetzungen des Konjunkturpaketes II entsprechend Anlage 1, 2 und 3 werden vom Stadtrat beschlossen. Finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt 16.040.000 EUR werden als außerplanmäßige Ermächtigungsgrundlage zur Verfügung gestellt (75 % vom Bund, 12,5 % vom Land und 12,5 % LH Magdeburg).
  - Anlage 1** Vorschläge von Maßnahmen 2009/2010 aus den 50 Mio. EUR Pauschaler Förderung durch das Land (Bescheid des Innenministeriums des LSA vom 26. Februar 2009, Anlage 5),
  - Anlage 2** Maßnahmenvorschläge für Schulen 2009 (60 Mio. EUR Pauschale Investitionsmaßnahmen Schulinfrastruktur für 2009),
  - Anlage 3** Maßnahmenvorschläge für Schulen und Kindertagesstätten 2010 (50 Mio. EUR Pauschale frühkindliche Infrastruktur für 2010).
2. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 16.040.000 EUR für die Maßnahmen in den Anlagen 1 - 3. Die Deckung der außerplanmäßigen Ausgaben erfolgt in Höhe von 14.035.000 EUR aus dem Konjunkturpaket II (Hst.: 2.91000.360000-99 Bundesmittel und 2.91000.361000-99 Landesmittel) und in Höhe von 2.005.000 EUR (12,5 % Eigenanteil) aus Krediten (Hst.: 2.91000.376000-99).
3. Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung gemäß § 100 GO LSA Kommunalkredite für das Konjunkturpaket II zur Finanzierung der notwendigen Eigenmittel als Kreditmittel in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 in entsprechender Höhe aufzunehmen. Der Stadtratsbeschluss (Eckwertebeschluss 2009 – 2012), Beschluss-Nr. 1974-66(IV)08 wird insoweit aufgehoben, dass eine Kreditaufnahme zur Sicherung des Konjunkturpaketes II im Rahmen der vom Land Sachsen-Anhalt mit Sonderkonditionen zur Verfügung

gestellten Kreditrahmen für die in Haushaltskonsolidierung befindlichen Kommunen vom LVwA genehmigt wird.

4. Der Stadtrat beschließt alle Investitionen, die aus dem Konjunkturpaket II gefördert werden, sind gegenseitig deckungsfähig.
5. Der Stadtrat beschließt, dass die Rücklagen der freien Träger der Kindertageseinrichtungen vorbehaltlich der Zustimmung und freien Verfügbarkeit zur Deckung des Eigenanteils in Höhe von 12,5 % verwandt und in entsprechender Höhe der LH Magdeburg zurückerstattet werden.
6. Der Stadtrat beschließt, dass alle mit der Umsetzung des Konjunkturpaketes II verfahrenstechnisch notwendigen Mehrausgaben in Höhe von 10 % für die zur Förderung bestätigten Vorhaben in der in den Anlagen 1 – 3 dargestellten Größenordnung bestätigt werden.
7. Der Stadtrat beschließt, sollte ein Vorhaben vom Landesverwaltungsamt als nicht förderfähig eingestuft werden, rückt zur sofortigen neuen Beantragung das in der einzelnen Anlage als nächstes stehende Vorhaben nach (Anlagen 1 bis 3).

5.4.            Ausstellung "Otto Imperator. Kaisertum im ersten Jahrtausend"            DS0003/09  
                   im Jahr 2012  
                   BE: Bürgermeister

---

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bringt die Drucksache DS0003/09 ein.

Die Ausschüsse K und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bedankt sich beim FBL 41 Herrn Prof. Dr. Puhle für die Vorbereitungen zur dieser Ausstellung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2466-82(IV)09

1. Der Durchführung der Ausstellung „Otto Imperator. Kaisertum im ersten Jahrtausend“ anlässlich des 1100. Geburtstages und des 1050. Jubiläums der Krönung Kaiser Ottos des Großen im Jahre 2012 wird vorbehaltlich einer Förderung durch Landes- und/oder Drittmittel zugestimmt.
2. Für die Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung werden 3.760.000 Euro eingestellt. Die Landeshauptstadt stellt für das Vorhaben 1.590.000 Euro Eigenmittel

bereit. Die Ausgaben sind, wie in der Anlage 1 aufgeführt, zerlegt in Jahresscheiben in die Haushaltsplanen aufzunehmen.

3. Die Finanzierung wird gemäß beiliegendem Finanzplan (Anlage 2) beschlossen.

5.5.	Grundsatzbeschluss zum weiteren Verfahren der Sanierung der Gruson-Gewächshäuser	DS0017/09
BE: Bürgermeister		

---

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bringt die Drucksache DS0017/09 umfassend ein. Er stellt in seinen Ausführungen die vorliegenden Varianten vor und bezeichnet die Variante II als zukunftssträftig. Abschließend empfiehlt Herr Dr. Koch, dem vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrages DS0017/09/1 nicht zu folgen.

Die Ausschüsse K und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke informiert über das Beratungsergebnis im Ausschuss.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Drucksache DS0017/09 Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann sieht aufgrund des Zustandes des Gruson-Gewächshauses dringenden Handlungsbedarf und favorisiert die Variante II. Die Variante III hält er für eine Vision und nicht umsetzbar.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal übt Kritik, dass in der Verwaltung seit 2005 ein Konzept vorliegt, welches für die Stadträte nicht zugänglich gemacht wurde. Er kann der vorgelegten Variante II nicht folgen und favorisiert die Umsetzung der Variante III. Stadtrat Westphal bittet abschließend um Zustimmung zum Änderungsantrag DS0017/09/1.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, vermisst in der vorgeschlagenen Variante II die konzeptionelle Tiefe. Sie wirbt in ihren Ausführungen für die Annahme des vorliegenden Änderungsantrages DS0017/09/1 und bezeichnet diesen als Kompromiss.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, stellt grundsätzlich klar, dass alle es begrüßen, dass aufgrund des Konjunkturprogramms eine Sanierung des Gewächshauses möglich ist. Er unterstreicht in seinen weiteren Darlegungen die Anmerkungen der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bezüglich der fehlenden konzeptionellen Unterbreitung der Variante II.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, verweist auf eine öffentliche Veranstaltung, wo ein Wirtschaftskonzept für die Variante III vorgestellt wurde. Im Ergebnis dessen favorisiert er die Umsetzung der Variante II.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen und zur Chronologie bezüglich des weiteren Umgangs mit dem Gruson-Gewächshaus ein. Er bezeichnet die vorgeschlagene Variante III als Illusion und finanziell

nicht umsetzbar und sieht in der Variante II einen dauerhaften Erhalt des Gewächshauses. Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper betont abschließend, dass für die Begleitung der Sanierungsarbeiten dringend ein Fachmann benötigt wird.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion, in der u.a. Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nochmals für die Annahme des interfraktionellen Änderungsantrag DS0017/09/1 wirbt, kann Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, der hier geführten Diskussion nicht folgen, da man sich vom Grundsatz her einig ist.

Stadtrat Lischka stellt klar, dass der Stadtrat nicht gewählt wurde, um Visionen zu beschließen sondern um Realpolitik zu betreiben.

Stadtrat Balzer, SPD-Fraktion, bringt den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Balzer, SPD-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen:

### **Abbruch der Debatte.**

Abschließend hält der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper die Argumentation des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass für 2,6 Mio Euro nur Ausbesserungsarbeiten im Gruson-Gewächshaus durchgeführt werden für fatal und geht nochmals klarstellend auf die Intention der Variante II ein.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 13 Ja-, 23 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der interfraktionelle Änderungsantrag DS0017/09/1 –

### **Beschlusspunkt 1 der Drucksache wird wie folgt geändert:**

Der Stadtrat beschließt die Sanierung der Gruson-Gewächshäuser auf der Grundlage der Anlage I der vorliegenden Drucksache.

Die Variante II versteht sich dabei als kurzfristige Minimalvariante, die Variante III als langfristige Zielvariante, die jedoch nur realisiert werden kann, wenn für die Finanzierung der zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten zusätzliche Fördermittel eingeworben werden können.

Der erste Bauabschnitt der Variante II ist kurzfristig so zu aktualisieren, dass der aktuelle Bauzustand der Gebäude berücksichtigt wird. Variante III ist baulich so anzupassen, dass sie modular auf den ersten Bauabschnitt der Variante II aufsetzen kann. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2467-82(IV)09

1. Der Stadtrat beschließt die Sanierung der Gruson-Gewächshäuser auf der Grundlage der Variante II (Anlage I) der vorliegenden Drucksache.
2. Es wird überplanmäßig eine zusätzliche Planstelle für den fachlichen Leiter der Gruson-Gewächshäuser im Jahre 2009 mit dem Stellenwert EG 13 – vorbehaltlich der endgültigen Bewertung – zur Verfügung gestellt. Diese Stelle ist in den Stellenplanentwurf 2010 entsprechend einzuarbeiten und zeitnah extern auszuschreiben.

### Persönliche Erklärung des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gibt eine persönliche Erklärung ab. (**Anlage 1**)

5.6.	Regelung zur Namensgebung von Schulen	DS0039/09
	BE: Bürgermeister	

---

Die Ausschüsse BSS und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag DS0039/09/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0039/09/1 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag der Drucksache wird um die Worte „laut Anlage“ ergänzt.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2468-82(IV)09

Der Stadtrat beschließt die Änderung und Neufassung der Regelung zur Namensgebung von Schulen in der Landeshauptstadt Magdeburg laut Anlage.

- 5.7. Zweite Änderungssatzung zur Satzung über die Schülerbeförderung der Landeshauptstadt Magdeburg DS0036/09  
BE: Bürgermeister
- 

Die Ausschüsse BSS, KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 42 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2469-82(IV)09

Der Stadtrat beschließt die Zweite Änderungssatzung zur Satzung über die Schülerbeförderung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 11.12.2001 (Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 152/2001), zuletzt geändert durch die Erste Änderungssatzung zur Satzung über die Schülerbeförderung der Landeshauptstadt Magdeburg (Amtsblatt der Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 34/2007) gemäß der beiliegenden Anlage 1.

- 5.8. Feststellungsbeschluss zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2009/10-2013/14 DS0150/09  
BE: Bürgermeister
- 

Der Ausschuss BSS empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2470-82(IV)09

1. Der Bestand der **Grundschulen**, wie in Anlage 1 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.  
Der durch das Land vorgegebene Zügigkeitsrichtwert (mindestens 1,0), als Beurteilungsgröße für die Bestandsfähigkeit, wird erreicht.
2. Der Bestand der **Sekundarschulen**, wie in Anlage 2 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.  
Der durch das Land vorgegebene Zügigkeitsrichtwert (mindestens 2,0), als Beurteilungsgröße für die Bestandsfähigkeit, wird erreicht.

3. Der Bestand der **Gymnasien** und der **Gesamtschulen**, wie in Anlage 3 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.  
Die durch das Land vorgegebenen Zügigkeitsrichtwerte, als Beurteilungsgrößen für die Bestandsfähigkeit, werden erreicht.  
Für die Gymnasien und Gesamtschulen werden die in der Anlage 3 benannten Kapazitätsgrenzen bestätigt.
4. Der Bestand der **Förderschulen L**, wie in Anlage 4 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.
5. Der Bestand der **Förderschule A**, wie in Anlage 4 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.
6. Der Bestand der **Förderschulen G**, wie in Anlage 4 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.
7. Der Bestand der **Förderschule K**, wie in Anlage 4 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.
8. Der Bestand der **Förderschule Sp**, wie in Anlage 4 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.
9. Der Bestand der **Schule des 2. Bildungsweges**, wie in Anlage 5 dargestellt, ist bis zum Zielplanjahr gesichert.
10. Der Bestand der **berufsbildenden Schulen** „Eike v. Repgow“, „H. Beims“, „Otto-v.-Guericke“, „Dr. Otto Schlein“ wird bestätigt.

5.9.            Magdeburg-Pass: Rahmenkonzept, Ideenwerkstatt und Kundenbefragung DS0027/09  
                   BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

---

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning bringt die Drucksache DS0027/09 ein.

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Giefers gibt erläuternde Hinweise zur Beratung der Drucksache im Ausschuss.

Die Ausschüsse RWB, FuG und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2471-82(IV)09

1. die beiliegende Konzeption für die Entwicklung des Magdeburg-Passes, den Ablaufplan für die Umsetzung der Konzeption und die Durchführung einer Ideenwerkstatt zur quantitativen und qualitativen Verbesserung des Magdeburg-Passes.

2. die Erhebung des Nutzungsverhaltens von Magdeburg-Pass-Inhabern und Anspruchsberechtigten gem. § 6 (1) Landesstatistikgesetz Sachsen-Anhalt (StatG-LSA) im Mai/Juni 2009 eine Kundenbefragung unter Mitwirkung des Institutes für Soziologie der Otto-von-Guericke-Universität; die entstehenden Kosten in Höhe von 1.000,00 EUR werden aus Planmitteln der HHST. 1.40000 582 000.7 bereitgestellt.

5.10. 1. Änderung der Parkgebührenordnung DS0015/09  
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Hierzu liegt der Änderungsantrag DS0015/09/2 der CDU-Fraktion vor.

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrag DS0015/09/1.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nimmt zum vorliegenden Änderungsantrag DS0015/09/2 der CDU-Fraktion Stellung und bittet darum, diesen zurückzuziehen oder abzulehnen.

Stadtrat Schuster, CDU-Fraktion, verweist auf seine diesbezügliche Frage im Ausschuss StBV und die fehlende Antwort der Verwaltung. Er gibt eine redaktionelle Änderung im Änderungsantrag DS0015/09/2 bekannt. (Es ist die Möglichkeit zu prüfen:....)

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bedauert den langen Lösungsweg der Verwaltung in dieser Frage und legt seinen Standpunkt zur Parkgebührenordnung dar. Er merkt dabei u.a. an, dass der Prozess des Parkens mit der vorliegenden Drucksache DS0015/09 noch nicht beendet sein kann.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über den Inhalt der Information I0056/09 – Bewirtschaftung von Parkgebieten -, die dem Stadtrat in seiner Sitzung am 28.05.09 zur Kenntnis gegeben wird.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal informiert über den Inhalt einer Veranstaltung in der Universität Magdeburg, wo jemand seine Diplomarbeit zum Thema „Parken in Magdeburg“ vorstellte. Er hinterfragt in diesem Zusammenhang den Zweck, welchen die Stadt mit der Aufstellung der Parkautomaten verfolgt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal ein und merkt dabei u.a. an, dass die Stadt steuernd auf den Verkehr in der Stadt durch die Aufstellung von Parkautomaten Einfluss nehmen will. Er hält weiterhin fest, dass die Parkgebühren auch als Einnahmequelle für die Stadt dienen.

Stadtrat Heinemann, SPD-Fraktion, geht auf die Vorortsituation des Parkplatzes Brenneckestraße/Salbker Straße nach Einführung einer Parkgebühr ein.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann weist darauf hin, dass die Diplomarbeit zum Thema „Parken in Magdeburg“ auf die Initiative seiner Fraktion erarbeitet wurde und er diese dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper zur Verfügung stellen kann. Er empfiehlt in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, wie rentabel der Parkautomat für die Stadt ist.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0015/09/1 des Ausschusses StBV mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Die Möglichkeit zum Tarif von 0,20 € für 15 Minuten parken zu dürfen, ist auch in den übrigen Tarifgebieten und nicht nur im Tarifgebiet „Blau“ einzuführen.

Gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0015/09/2 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird um folgenden Punkt ergänzt:

Es ist zu prüfen:

Die technische Modifikation der Parkscheinautomaten ist so zu ändern, dass auch Teilzahlungen der fälligen Parkgebühren, bei entsprechend reduzierter Parkzeit, möglich sind. Die Parkgebührenordnung ist gegebenenfalls anzupassen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge mit 30 Ja-, 2 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2472-82(IV)09

1. Der Stadtrat beschließt unter Aufhebung des Beschlusses vom 27.09.2007 (Beschluss-Nr. 1619-Z004(IV)07) die als Anlage beigefügte 1. Änderung der Parkgebührenordnung.
2. Die Möglichkeit zum Tarif von 0,20 € für 15 Minuten parken zu dürfen, ist auch in den , übrigen Tarifgebieten und nicht nur im Tarifgebiet „Blau“ einzuführen.
3. Es ist zu prüfen:



- 5.12.        Behandlung der Stellungnahmen zum einfachen Bebauungsplan        DS0021/09  
                  Nr. 111-1a "Großer Silberberg Süd"  
                  BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2474-82(IV)09

1.        Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 4a Abs. 2 BauGB zum Entwurf des einfachen Bebauungsplanes Nr. 111-1A „Großer Silberberg Süd“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.  
 Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).

Zur Behandlung der Stellungnahmen ergeht folgender Einzelbeschluss:

- 2.1.     Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer, Schreiben vom 14.11.08:
- a) Stellungnahme:  
 Für die im Geltungsbereich bereits bestehenden Einzelhandelseinrichtungen wird der Bestandsschutz gewährleistet. Aus der Sicht der IHK ist dies in den textlichen Festsetzungen zu integrieren.
- b) Abwägung:  
 Im Bebauungsplangebiet besteht seit kurzem eine Einzelhandelseinrichtung mit zentrenrelevanten Sortimenten (Textilien). Diese Nutzung ist nicht genehmigt und soll nicht über die Aufstellung des Bebauungsplanes legitimiert werden. Der geforderte Bestandsschutz für ein solches mit zentrenrelevanten Sortimenten handelndes Unternehmen würde den Planungszielen entgegenstehen.

Beschluss 2.1: Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

3.        Der Oberbürgermeister wird beauftragt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörden und Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

- 5.13. Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 111-1A "Großer Silberberg Süd" DS0022/09  
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 39 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2475-82(IV)09

Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S.3316) und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 30.04.2009 den einfachen Bebauungsplan Nr. 111-1A „Großer Silberberg Süd“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.

Die Begründung zum einfachen Bebauungsplan wird gebilligt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

- 5.14. Straßenbenennungen "Zur Hubbrücke" und "Zum Rotehornblick" DS0024/09  
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Punkt 1 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2476-82(IV)09

1. die Benennung der an die Einsteinstraße anschließenden Straße im Bebauungsplangebiet 142-1 Elbebahn/ Südliches Stadtzentrum als

Zur Hubbrücke

Gemäß Punkt 2 des Beschlussvorschlages **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2477-82(IV)09

2. die Benennung der an die Liebigstraße anschließenden Straße im Bebauungsplangebiet 142-1 Elbebahnhof/ Südliches Stadtzentrum als

Zum Rotehornblick

5.15. Erweiterung des Anpassungsgebietes in der Ortslage Rothensee DS0086/09  
durch förmliche Festlegung nach § 170 BauGB i. V. m. § 165  
Abs. 6 BauGB

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Die Ausschüsse StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 42 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2478-82(IV)09

1. Der Stadtrat stimmt nach § 170 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung i. V. m. § 141 BauGB dem Bericht über die vorbereitenden Untersuchungen in einem Teilbereich der Ortslage Rothensee und seinem Ergebnis zu, das mit Stadtratsbeschlüssen vom 8. Dezember 2003 und 9. Februar 2006 förmlich festgelegte Anpassungsgebiet in der Ortslage Rothensee räumlich um Teilbereiche entlang der Fallersleber Straße und Oebisfelder Straße zu erweitern.
2. Aufgrund der §§ 6, 44 Abs. 3 Nr. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt vom 5. Oktober 1993 (GVBl. LSA S. 568) in der derzeit gültigen Fassung und § 170 BauGB i. V. m. § 165 Abs. 6 BauGB beschließt der Stadtrat zur förmlichen Festlegung eines erweiterten Anpassungsgebiets in der Ortslage Rothensee folgende Satzung:

**Vierte Änderungssatzung der Entwicklungssatzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs “Entwicklungsmaßnahme Rothensee”**

**Artikel 1**

Die Entwicklungssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs "Entwicklungsmaßnahme Rothensee" vom 6. Dezember 1993 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg Nr. 70/1994) in der Fassung der Dritten Änderungssatzung vom 8. Mai 2008 (Amtsblatt für die Landeshauptstadt Magdeburg vom 5. Juni 2008), wird wie folgt geändert:

Der Wortlaut des § 1 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

“(4) Zur Anpassung an die vorgesehene Entwicklung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches "Entwicklungsmaßnahme Rothensee" wird das Anpassungsgebiet nach Absatz 3 um die Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der im beiliegenden Lageplan abgegrenzten Fläche erweitert und das im Lageplan umgrenzte Gebiet als Anpassungsgebiet nach § 170 BauGB festgelegt. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.”

## Artikel 2

Die Vierte Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

3. Der Beschluss der Vierten Änderungssatzung der Entwicklungssatzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs "Entwicklungsmaßnahme Rothensee" ist ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist auf die Genehmigungspflicht nach §§ 144, 145 und 153 Abs. 2 BauGB hinzuweisen.

5.16. Umlegungsanordnung für den Bebauungsplan "Am Vogelgesang / Zoo" DS0503/08

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann bringt die Drucksache DS0503/08 ein und bittet um Zustimmung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Bezüglich der Anmerkung des Stadtrates Rink, CDU-Fraktion, dass noch nicht klar ist, dass die Straße gebaut ist, merkt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann an, dass das Verfahren der Umlegung länger dauert als das des Bauleitverfahrens.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2479-82(IV)09

Der Stadtrat beschließt, dass gemäß Baugesetzbuch § 46 Abs. 1 für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 121-2 „Am Vogelgesang / Zoo“ die Durchführung eines Umlegungsverfahrens angeordnet wird.

Die genaue Abgrenzung des Umlegungsgebietes legt der Umlegungsausschuss der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Umlegungsbeschluss bei der Einleitung des Verfahrens fest.

5.17. Erneute Abwägung zum Bebauungsplan Nr. 121-2 "Am Vogelgesang / Zoo" DS0530/08

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Der TOP 5.17 – DS 0530/08 wurde von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

5.18. Beschluss über den geänderten Entwurf und die erneute öffentliche Auslegung des B-Planes Nr. 121-2 "Am Vogelgesang / Zoo" DS0529/08

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Der TOP 5.18 – DS0529/08 wird von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

5.19. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 425-1 "Kirschweg / Hermann-Hesse-Straße" DS0008/09

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

---

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2480-82(IV)09

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird,

- im Norden durch die Südgrenze des Kirschweges,
- im Westen durch die Ostgrenze der Hermann-Hesse-Straße,
- im Süden durch die Nordgrenze des Flurstückes 3049 und deren Verlängerung nach Osten, sowie die Westgrenze (teilweise) und die Nordgrenze des Flurstückes 3048,





## 6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

---

6.1.	Benennung eines Platzes mit dem Namen "Martin-Luther-Platz"	A0207/08
	Fraktion DIE LINKE WV v. 06.11.08	

---

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag A0207/08/2 ein und bittet um punktuelle Abstimmung.

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke informiert über die geführte Diskussion im Ausschuss und bringt aufgrund des Ergebnisses ihre Verwunderung über den Änderungsantrag A0207/08/1 zum Ausdruck.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag A0207/08/1 ein. Bezüglich des vorliegenden Änderungsantrag A0207/08/2 der Fraktion DIE LINKE empfiehlt er, den Punkt 1 zu beschließen, und den Punkt 3 abzulehnen. Zum Punkt 2 bringt er den GO-Antrag – Überweisung in den Ausschuss VW – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal geht in seinen Ausführungen auf die Intention des interfraktionellen Änderungsantrages A0207/08/1 ein. Er empfiehlt, den Änderungsantrag A0207/08/2 der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.

Stadtrat Dr. Reichel, SPD-Fraktion, begrüßt grundsätzlich die Benennung eines Platzes nach Martin Luther.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, spricht sich im Namen ihrer Fraktion für die Annahme des Punktes 1 und die Ablehnung der Punkte 2 und 3 des Änderungsantrages A0207/08/2 der Fraktion DIE LINKE aus.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Punkt 1 des Änderungsantrages A0207/08/2 der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. Gemäß Stellungnahme 281/08 zum Antrag 207/08 die Fläche südlich der Johanniskirche zwischen Johannisbergstraße, E.-Reuter-Allee und Jakobstraße als Martin-Luther-Hain zu benennen.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Punkt 2 des Änderungsantrages A0207/08/2 der Fraktion DIE LINKE –

2. Dabei ist im Interesse der Würdigung der Person Martin Luthers eine auch zeitweilige Nutzung als Standort für Werbeaufsteller von Großplakaten im Wahlkampf der Parteien künftig zu vermeiden.

wird in den Ausschuss VW überwiesen.

Gemäß Punkt 3 des Änderungsantrages A0207/08/2 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mit 18 Ja-, 14 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

3. Darüber hinaus ist die Benennung des bislang namenlosen Areals – südlich des Magdeburger Rathauses gelegen und begrenzt von Teilen der Jakobstraße, der Ernst-Reuter-Allee und der Hartstraße – in „**Martin-Luther-Platz**“ zu realisieren. .

Mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0207/08/2 der Fraktion DIE LINKE hat sich eine Beschlussfassung zum interfraktionellen Änderungsantrag A0207/08/1 **erübrigt**.

Gemäß Antrag A0207/08 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Punkte des Änderungsantrages A0207/08/2 mit 19 Ja- 16 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 2483-82(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. Gemäß Stellungnahme 281/08 zum Antrag 207/08 die Fläche südlich der Johanniskirche zwischen Johannisbergstraße, E.-Reuter-Allee und Jakobstraße als Martin-Luther-Hain zu benennen.
2. Darüber hinaus ist die Benennung des bislang namenlosen Areals – südlich des Magdeburger Rathauses gelegen und begrenzt von Teilen der Jakobstraße, der Ernst-Reuter-Allee und der Hartstraße – in „**Martin-Luther-Platz**“ zu realisieren.

6.2. Skulptur "Der Gekreuzigte"

A0242/08

CDU - Fraktion  
WV v. 26.01.09

---

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, begründet den vorliegenden Antrag A0242/08.

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0242/08/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0242/08/1.

Gemäß Änderungsantrag A0242/08/1 des Ausschusses K **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Skulptur von Fritz Cremer „Der Gekreuzigte“ nordöstlich der Johanniskirche (siehe Anlage) wieder aufstellen zu lassen.

Gemäß Antrag A0242/08 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrag A0242/08/1 des Ausschusses K einstimmig:

Beschluss-Nr. 2484-82(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Skulptur von Fritz Cremer „Der Gekreuzigte“ nordöstlich der Johanniskirche (siehe Anlage) wieder aufstellen zu lassen.

- 6.3.           Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan " Am Hammelberg" A0249/08  
                   CDU - Fraktion  
                   WV v. 22.01.09
- 

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0249/08 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2485-82(IV)09

Der Beschluss des Stadtrates zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259-1 " Am Hammelberg" wird aufgehoben.

- 6.4.           Einführung eines Tempolimits in der Arndtstraße A0003/09  
                   Fraktion BfM  
                   WV v. 22.01.09
- 

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Canehl, fraktionslos, bringt einen gemeinsamen Änderungsantrag A0003/09/1 mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, stellt für seine Fraktion klar, dass sie sich dem vorliegenden Antrag A0003/09 der Fraktion BfM und dem Änderungsantrag A0003/09/1 nicht anschließen werden und der Stellungnahme S0057/09 der Verwaltung folgen. Er spricht sich für eine verstärkte Geschwindigkeitskontrolle in der Arndtstraße aus.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal kann der Argumentation des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, nicht ganz folgen und geht auf die Intention des Änderungsantrages A0003/09/1 ein.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, spricht sich gegen die Einführung einer Tempo-30-Zone in der Arndtstraße aus.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt den Antrag A0003/09 auch unter dem Aspekt des Lärmschutzes.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass der Stadtrat nur Empfehlungen in dieser Frage abgeben kann, die Entscheidungskompetenz liegt bei der Bundesbehörde.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann untermauert die Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper und bittet darum, den Änderungsantrag A0003/09/1 als Prüfauftrag umzuformulieren.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, unterstützt in seinen Anmerkungen ebenfalls die vorliegende Stellungnahme S0057/09 der Verwaltung.

Stadtrat Canehl, fraktionslos, gibt eine redaktionelle Änderung des Änderungsantrages A0003/09/1 bekannt. (Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen.....)

Gemäß modifizierten Änderungsantrag A0003/09/1 des Stadtrates Canehl, fraktionslos und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, die bestehende Tempo-30-Zone westlich der Arndtstraße um die Bereiche östlich der Arndtstraße bis zu den Glacisanlagen unter Einbeziehung der Arndtstraße zu erweitern.

Gemäß Antrag A0003/09 der Fraktion BfM **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des modifizierten Änderungsantrages A0003/09/1 mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2486-82(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, die bestehende Tempo-30-Zone westlich der Arndtstraße um die Bereiche östlich der Arndtstraße bis zu den Glacisanlagen unter Einbeziehung der Arndtstraße zu erweitern.

6.5.	Präventionsprogramm in Brennpunkten	A0006/09
	FDP - Fraktion WV v. 22.,01.09	

---

Der Antrag A0006/09 wurde von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

6.6.	Sachstand und Perspektiven der interkommunalen Zusammenarbeit	A0007/09
	FDP - Fraktion WV v. 22.01.09	

---

Die Ausschüsse KRB und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0007/09 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2487-82(IV)09

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, im ersten Halbjahr 2009 einen Sachstandsbericht und eine Perspektivplanung für die bereits erreichten und die zukünftig geplanten Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Magdeburg mit den umliegenden Kommunen und Landkreisen vorzulegen.

6.7.	Schaffung eines Fluchtweges in den Grusonschen Gewächshäusern	A0021/09
	Fraktion DIE LINKE WV v. 26.02.09	

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, betrachtet den Antrag A0021/09 mit der vorliegenden Stellungnahme S0061/09 der Verwaltung für **erledigt**.

6.8. Tempo 30 im Breiten Weg A0033/09  
SPD - Fraktion  
WV v. 26.02.09

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, zieht den Punkt 2 des Antrages A0033/09 zurück.

Stadtrat Reppin, CDU-Fraktion, bringt den Änderungsantrag A0033/09/1 ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt den Antrag A0033/09 der SPD-Fraktion.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, sieht kein Erfordernis für die Einführung der Tempo-30-Zone im Breiten Weg und begründet seinen Standpunkt.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0033/09/1 der CDU-Fraktion, einstimmig:

Es ist zu prüfen, ob die Geschwindigkeitsbegrenzung für die Straßenbahn mit Ausnahme der Querungshilfen aufgehoben werden kann.

Gemäß modifizierten Antrag A0033/09 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0033/09/1 der CDU-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 2488-82(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. die Tempo-30-Zonen-Planung dahingehend zu überarbeiten, den Tempo-30-Abschnitt auf dem Breiten Weg von der Kreuzung Ernst-Reuter-Allee bis zur Haltestelle „Leiterstraße“ in Höhe des Hundertwasserhauses in beide Fahrrichtungen auszuweiten
2. Es ist zu prüfen, ob die Geschwindigkeitsbegrenzung für die Straßenbahn mit Ausnahme der Querungshilfen aufgehoben werden kann.

6.9.	Kunstgegenstände im Kloster Unser Lieben Frauen	A0008/09
	CDU - Fraktion	
	WV v. 22.01.09	

---

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, erklärt sich mit der vorliegenden Stellungnahme S0038/09 der Verwaltung nicht einverstanden. Er bringt den Änderungsantrag A0008/09/1 ein und beantragt die punktuelle Abstimmung hierzu.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke informiert über das Diskussionsergebnis im Ausschuss und merkt an, dass sie den Kunstbeirat darum bitten wird, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch nimmt umfassend zum Antrag A0008/09 Stellung und geht dabei auf mögliche Standorte für das Aufstellen der Skulpturen ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr argumentiert umfassend gegen den Antrag A0008/09 und verweist dabei u.a. darauf, dass es einen Fundus gibt, wo solche Gegenstände aufbewahrt werden.

Nach eingehender Diskussion bringt Stadtrat Canehl, fraktionslos, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Vertreter der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion sprechen sich gegen den GO-Antrag aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Canehl, fraktionslos – **Abbruch der Debatte** –

wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion empfiehlt der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal der CDU-Fraktion, den Punkt 2 des Änderungsantrages A0008/09/1 zurückzunehmen.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, begründet ihre Zustimmung zu beiden Punkten des Änderungsantrag A0008/09/1.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke informiert über die gemachten Aussagen der TL 41.24 Frau Laabs bezüglich der Gobelins.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch unterstützt die Argumentation der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE und legt die Position der Verwaltung zum Umgang mit den Gobelins dar.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, empfiehlt die Entscheidung zum Umgang mit den Kunstgegenständen den Fachleuten zu überlassen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Satz 1 des Änderungsantrages A0008/09/1 mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Gobelins, die sich einmal in der Konzerthalle befanden, nach Ende der Sanierungsphase bzw. der Neueröffnung des Klosters Unser Lieben Frauen, im Herbst diesen Jahres, an ihren ursprünglichen Standorten wieder aufhängen zu lassen.

Im Ergebnis der Diskussion zieht Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion den 2. Satz des Änderungsantrages A0008/09/1 **zurück**.

Gemäß Antrag A0008/09 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des 1. Satzes des Änderungsantrages A0008/09/1 mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2489-82(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gobelins, die sich einmal in der Konzerthalle befanden, nach Ende der Sanierungsphase bzw. der Neueröffnung des Klosters Unser Lieben Frauen, im Herbst diesen Jahres, an ihren ursprünglichen Standorten wieder aufhängen zu lassen.

6.10.	Erstellung einer Liste von Kunst im öffentlichen Raum	A0009/09
	CDU - Fraktion WV v. 22.01.09	

---

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke begründet das Votum des Ausschusses.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion, begründet den Antrag A0009/09.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch nimmt zum Antrag A0009/09 Stellung und stellt dabei klar, dass die Verwaltung in diesen Fragen in der Verantwortung bleibt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 12 Ja-, 14 Neinstimmen und 9 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2490-82(IV)09

Der Antrag A0009/09 der CDU-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Übersicht zu erstellen, welche Kunstwerke im öffentlichen Raum aufgestellt waren bzw. sind. Bei Kunstwerken, die inzwischen wieder aus dem öffentlichen Raum entfernt worden sind, ist der derzeitige Aufbewahrungsort mit aufzuführen. –

wird **abgelehnt**.

6.11.	Erläuterungstafeln für das Mahnmal Magda	A0038/09
	CDU - Fraktion WV v. 26.02.09	

---

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Rink, CDU-Fraktion, kann der vorliegenden Stellungnahme S0074/09 nicht folgen und begründet seinen Standpunkt.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke begründet das Votum des Ausschusses.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch kann zwar die Grundintention des Antrages A0038/09 nachvollziehen, unterstützt aber das Votum des Ausschusses K.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, hält die vorliegende Stellungnahme S0074/09 der Verwaltung für überzeugend. Er bringt einen Änderungsantrag ein.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, geht auf die Zielstellung des Antrages A0038/09 ein und unterstützt diesen im Namen ihrer Fraktion.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal hinterfragt die pragmatische Umsetzung der Aufstellung der Tafeln und hält es seines Erachtens rationell für nicht machbar.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0038/09/1 der SPD-Fraktion einstimmig:

Der Oberbürgermeister wird gebeten,

1. bei den am Projekt „Schulen gegen Rassismus“ teilnehmenden Schulen anzuregen, sich bis zum 75. Jahrestag des Endes der Shoa 2010 in einem gemeinsamen Projekt mit den Gedenkstätten in der Landeshauptstadt Magdeburg, die sich der Erinnerung an den Genozid und an die Schreckensherrschaft der Nazis widmen, zu befassen und ihre Projektergebnisse öffentlich auszustellen. Die Ergebnisse könnten im Rahmen einer Ausstellung, sowohl im Rathaus als auch in den Schulen der Stadt präsentiert werden oder sich ggf. in dem Rahmen der diesjährigen geplanten Schulmesse integrieren.
2. zu prüfen, ob für die Koordination des Projektes personelle und finanzielle Ressourcen aus dem Lokalen Aktionsplan gegen Rechts gewonnen werden können.

Gemäß Antrag A0038/09 der CDU- und FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0038/1 der SPD-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 2491-82(IV)09

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Umfeld des Mahnmals für das KZ-Außenlager Magda Erläuterungen zur Historie dieses ehemaligen Lagers bspw. in Form von Tafel(n), ergänzt um grundsätzliche Ausführungen zum System der Konzentrationslager, aufstellen zu lassen.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten,
  2. bei den am Projekt „Schulen gegen Rassismus“ teilnehmenden Schulen anzuregen, sich bis zum 75. Jahrestag des Endes der Shoa 2010 in einem gemeinsamen Projekt mit den Gedenkstätten in der Landeshauptstadt Magdeburg, die sich der Erinnerung an den Genozid und an die Schreckensherrschaft der Nazis widmen, zu befassen und ihre Projektergebnisse öffentlich auszustellen. Die Ergebnisse könnten im Rahmen einer Ausstellung, sowohl im Rathaus als auch in den Schulen der Stadt präsentiert werden oder sich ggf. in dem Rahmen der diesjährigen geplanten Schulmesse integrieren.
  2. zu prüfen, ob für die Koordination des Projektes personelle und finanzielle Ressourcen aus dem Lokalen Aktionsplan gegen Rechts gewonnen werden können.

6.12. Schulen ins Netz

A0061/09

FDP - Fraktion

---

Hierzu liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0061/09 in die Ausschüsse BSS und FG – der FDP-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0061/09 wird in die Ausschüsse BSS und FG überwiesen.

- 6.13. Touristische Erschließung in Südost A0077/09  
SPD - Fraktion
- 

Hierzu liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0077/09 in die Ausschüsse StBV und RWB - der SPD-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0077/09 wird in die Ausschüsse StBV und RWB überwiesen.

- 6.14. Überquerung der Großen Diesdorfer Straße A0078/09  
SR Walter Meinecke  
Fraktion DIE LINKE
- 

Hierzu liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0078/09 in den Ausschuss StBV – der Fraktion DIE LINKE vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0078/09 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.15. Schulwegsicherung Große Diesdorfer Straße/Schmeilstraße A0097/09  
SPD - Fraktion
- 

Hierzu liegt der GO-Antrag - Überweisung des Antrages A0097/09 in den Ausschuss StBV – der SPD-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0097/09 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.16. Werbung für die Wahlinitiative U 18 A0079/09  
FDP - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0079/09 in die Ausschüsse KRB und BSS – der FDP-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0079/09 wird in die Ausschüsse KRB und BSS überwiesen.

- 6.17. Erstellung einer Übersicht leerstehender Gebäude A0081/09  
Fraktion BfM
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0081/09 in die Ausschüsse StBV und FG – der Fraktion BfM vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0081/09 wird in die Ausschüsse StBV und FG überwiesen.

- 6.18. Symposium Zukunftsperspektiven für den Wirtschaftsstandort A0089/09  
Magdeburg  
FDP - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0089/09 in den Ausschuss RWB – der FDP-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0089/09 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

- 6.19. Präsentation von Gegenwartskunst A0090/09  
SR Karin Meinecke  
Fraktion DIE LINKE
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0090/09 in den Ausschuss K – der Fraktion DIE LINKE vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0090/09 wird in den Ausschuss K überwiesen.

- 6.20. Förderprogramm für den Nordabschnitt des Breiten Weges A0086/09  
CDU - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0086/09 in den Ausschuss StBV – der CDU-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0086/09 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.21. Beteiligung am Wettbewerb Stadt der Wissenschaft A0087/09  
CDU - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0087/09 in die Ausschüsse VW und RWB – der CDU-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0087/09 wird in die Ausschüsse VW und RWB überwiesen.

- 6.22. Zusammenarbeit Braunschweig - Radom - Saporoshje - Sarajevo - Magdeburg A0088/09  
CDU - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0088/09 in den Ausschuss VW – der CDU-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0088/09 wird in den Ausschuss VW überwiesen.

- 6.23. Einrichtung einer Tempo-30-Zone A0092/09  
CDU - Fraktion
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0092/09 in den Ausschuss StBV - der CDU-Fraktion vor.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich gegen de GO-Antrag der CDU-Fraktion aus, da sich der Antrag A0092/09 aus seiner Sicht erledigt hat.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, unterstützt den GO-Antrag und bittet in diesem Zusammenhang darum die überarbeitete Liste zu den Tempo-30-Zonen in der Stadt im III. Quartal im Ausschuss StBV vorzustellen.

Gemäß GO-Antrag der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0092/09 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.24. Graffiti-Projekt in Magdeburg A0093/09  
CDU - Fraktion
- 

Hierzu liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0093/09 in die Ausschüsse VW, StBV und Juhi – der CDU-Fraktion vor.

Gemäß GO-Antrag der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0093/09 wird in die Ausschüsse VW, StBV und Juhi überwiesen.

6.25. Werbefinanziertes Amtsblatt A0091/09  
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0091/09 in die Ausschüsse KRB und VW - der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0091/09 wird in die Ausschüsse KRB und VW überwiesen.

6.26. Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans für Neu-Reform A0095/09  
 Fraktion future! - Die junge Alternative

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0095/09 in den Ausschuss StBV – der Fraktion future! – Die junge Alternative vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion future! – Die junge Alternative **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0095/09 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

6.27. Bebauungsplan Wissenschaftshafen A0096/09  
 Fraktion future! - Die junge Alternative

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0096/09 in den Ausschuss StBV – der Fraktion future! - Die junge Alternative vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal und Stadträtin Wübbenhorst sprechen sich gegen die Annahme des GO-Antrages und des Antrages A0096/09 aus.

Der GO-Antrag der SPD-Fraktion future! – Die junge Alternative – Überweisung des Antrages A0096/09 in den Ausschuss StBV – wird mehrheitlich, bei einigen Jastimmen **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Beschluss-Nr.2492-82(IV)09

Der Antrag A0096/09 –

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Grundstücksverkäufe im Bereich des Wissenschaftshafens zurückzustellen bis ein Bebauungsplan aufgestellt ist.
2. Der Oberbürgermeister wird ferner beauftragt, Baugesuche zurückzustellen bis ein Bebauungsplan aufgestellt ist. –

wird **abgelehnt**.

6.28.       Ärztmangel in Magdeburg  
              SPD - Fraktion

A0075/09

---

Es liegt der Änderungsantrag A0075/09/1 der FDP-Fraktion vor.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0075/09 der SPD-Fraktion und des Änderungsantrages A0075/09/1 der FDP-Fraktion in die Ausschüsse GeSo und RWB – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0075/09 und der Änderungsantrag A0075/09/1 werden in die Ausschüsse GeSo und RWB überwiesen.

- 6.29. Benennung eines Platzes mit dem Namen "Klaus-Miesner-Platz" A0076/09  
Fraktion BfM
- 

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis, dass solche Anträge immer nichtöffentlich zu beraten sind.

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0076/09 in die AG „Straßennamen“ – der Fraktion BfM – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0076/09 wird in die AG „Straßennamen“ überwiesen.

- 6.30. Aberkennung der Ehrenbürgerwürde A0082/09  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 

Hierzu liegt der interfraktionelle Änderungsantrag A0082/09/1 und der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0082/09 und des Änderungsantrages A0082/09/1 in die Ausschüsse KRB und RWB vor, der durch Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, um den Ausschuss K ergänzt wird.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge stellt die GO-Anträge einzeln zur Abstimmung.

Gemäß interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0082/09 und der Änderungsantrag A0082/09/1 werden in den Ausschuss KRB überwiesen.

Der interfraktionelle GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0082/09 und des Änderungsantrages A0082/09/1 in den Ausschuss RWB – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen **abgelehnt**.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Veil, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0082/09 und der Änderungsantrag A0082/09/1 werden in den Ausschuss K überwiesen.

- 6.31. Beteiligung am Modellprojekt "Innovative öffentliche  
Fahrradverleihsysteme - Neue Mobilität in Städten" A0085/09  
CDU - Fraktion
- 

Der Antrag A0085/09 der CDU-Fraktion wurde von den heutigen Tagesordnung  
**zurückgezogen.**

- 6.32. Stadtteilvitrine im Rathaus A0094/09  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bringt den GO-Antrag –  
Überweisung des Antrages A0094/09 in den Ausschuss K – ein.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal  
**beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0094/09 wird in den Ausschuss K überwiesen.

- 6.33. Sanierung der Humboldt-Sporthalle A0103/09  
Interfraktionell
- 

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des  
interfraktionellen Antrages A0103/09 in die Ausschüsse FG und BSS – ein, der durch Stadtrat  
Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Gemäß erweitertem GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, **beschließt** der  
Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0103/09 wird in die Ausschüsse FG, BSS und StBV überwiesen.

## 7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

---

### 7.1. Herr Werner Kästner, Fichtestraße 9, 39112 Magdeburg

Ich habe im November die Frage an den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg gerichtet, wegen meiner Garagen, die entschädigungslos enteignet worden sind durch den Magistrat und habe da bis heute noch keine Antwort drauf. Ich bin der Meinung, dass das von öffentlichem Interesse ist. Ich habe mittlerweile auch einen Misstrauensantrag gestellt. Ich habe u.a. angefragt, ob mir die Werte, die da drinnen waren, irgendwie ersetzt werden könnten.

#### Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass bereits eine schriftliche Beantwortung an Herrn Kästner ergangen ist.

Zum Hinweis von Herrn Kästner, dass ihm die schriftliche Beantwortung nicht ausreicht und die Garage sein Eigentum war, führt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge aus, dass es sich dann um eine privatrechtliche Angelegenheit handelt, die nicht im Stadtrat geregelt werden kann. Mit der schriftlichen Beantwortung des Oberbürgermeisters sei dem Anliegen Genüge getan.

Bezugnehmend auf den Antrag von Herrn Kästner zur Durchführung eines Bürgerentscheids informiert der Vorsitzende des Stadtrates im Weiteren, dass Herr Kästner schriftlich die zu erfüllenden Kriterien für einen Bürgerentscheid mit Schreiben vom 28.04.09 mitgeteilt werden.

### 7.2. Herr Jens Bärwald, Raiffeisenstraße 14, 39112 Magdeburg

Was wird aus dem Abriss des Hauses der Talente. Als ich in der Volksstimme las, Abriss des Haus des Talente um Parkplätze zu schaffen war ich nicht nur sprachlos sondern sehr enttäuscht. Mit dem Eigentümer, Herrn Giebelmann, saß ich an einem Tisch und wir diskutierten über die Möglichkeiten zum Erhalt des Talente. Meine Idee, hieraus ein Sport- und Freizeitzentrum zu errichten, wo verschiedene Magdeburger Vereine ihr Domizil einrichten könnten und weitere Events, auch in Zusammenarbeit mit dem AMO Kulturhaus und dem sich dahinter befindenden Sportverein Arminia 53, veranstaltet werden könnten, fand in unserem Gespräch keine Ablehnung bei Herrn Giebelmann. Einzig und allein die Frage nach Parkplätzen und Investoren standen im Mittelpunkt. Ein Parkplatz ist vorhanden. Dieser sollte mal kräftig saniert werden und kann an einer Seite mit noch zusätzlichen Parktaschen ausgebaut werden. Ein großer sanierter und ausgewiesener Parkplatz befindet sich schräg gegenüber des AMO. Dieser befindet sich an der Erich-Weinert-Straße, Ecke Schönebecker Straße und ist frei zugänglich. Ansonsten wurde die Freie Straße letztes Jahr saniert und hier Parkplätze für die Gäste des AMO Kulturhauses geschaffen. Wenn in Zukunft alle drei schon erwähnten Veranstaltungsorte gleichzeitig

Veranstaltungen hätten, so wäre dieses sehr gut zu Fuß und mit der Bahn zu erreichen. Auch die Zusammenarbeit mit den Magdeburger Verkehrsbetrieben wäre dann eine gute Lösung. Nach einer Konzeptvorlage an den Eigentümer wollte ich mich um private Investoren kümmern. Da ich damit Erfahrung habe, und zwar im positiven Sinne, das konnte schon mehrmals in den Magdeburger Medien verfolgt werden, da dieses Projekt ein Mammutprojekt wäre, dem bin ich mir voll bewusst. Mein Slogan lautet: „Nicht reden sondern handeln.“ Und das meine ich in vollem Ernst. Es stimmt mich traurig nur daran zu denken, dass dieses Haus abgerissen werden soll. Das Haus der Talente war nicht nur zu DDR-Zeiten ein Tanztempel, sondern ist auch ein Stück Geschichte von Magdeburg. In den Wirren des Krieges wurde das ehemalige Franke-Jugendheim von der damaligen FDJ aus den Trümmern wieder aufgebaut und 1949 feierlich eröffnet. Immer mehr dieser Bauten, sei es nur das Talente oder andere baulich wertvollen Objekte, verschwinden aus unserem Leben. Ein Abriss ist schnell getan, eine Werterhaltung mühsam, aber dies zeigt das wahre Arrangement für seine Heimatstadt. Meine Zukunftsangst ist, was macht Herr Giebelmann mit dem AMO Kulturhaus, wenn seine Pläne schief gehen? Abriss und danach Parkplätze? Und auf dem bereits existierenden neuen Parkplatz, wo einst das wunderschöne Talente stand, wird ein neues Bürogebäude gebaut? Ich möchte Sie eindringlichst bitten, alles in Ihrer Kraft mögliche zu tun, dieses zu verhindern. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sichert zu, alles zu tun, damit das AMO Kulturhaus erhalten wird.

Die ausführliche Beantwortung erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.3. Frau Manuela Hasenfuß, Bassermannstraße 3, 39114 Magdeburg

Ich bin hier in Vertretung als Sprecherin der Arbeitsgruppe „Gemeinwesenarbeit Neustädter Feld“ und grade in einer kleinen Zwickmühle, weil ich habe vier Fragen und bin grade bemüht aus den Vieren ein Gesamtpaket zu machen. Es geht um den angedachten Bau eines SB-Discounters im Stadtteil Neustädter Feld am Hermann-Bruse-Platz, Kritzmannstraße, Ecke Krutziger Straße und die Frage lautet: Wurden im Baugenehmigungsverfahren alle Verfahrens- und Formvorschriften des Baugesetzbuches auf Grundlage des wirksamen Flächennutzungsplanes und nach Gesichtspunkten städtebaulicher Zielstellungen berücksichtigt, mit den Empfehlungen in Einklang gebracht, des Magdeburger Märktekonzepts, dass in den nächsten Jahren die Qualität- und Standortsicherung definierter Einzelhandelsstandorte im Vordergrund zu stehen haben, auch unter Berücksichtigung des Bestandschutzes für bestehende Einzelhandelseinrichtungen, ist dies hinreichend berücksichtigt und wie kann die Arbeitsgruppe GWA die vorgetragenen Wünsche der Bürgerinnen des Stadtteils berücksichtigen, dahingehend, dass der Bau des SB-Discounters verhindert werden kann?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner umfangreichen Beantwortung der Anfrage bestätigt der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass in dem Baugenehmigungsverfahren alle gesetzlichen Bestimmungen Beachtung gefunden haben und legt dar, dass das Verfahren mit dem Märktekonzept und der Bauleitplanung übereinstimmt. Insbesondere verweist er darauf, dass für die erteilte Baugenehmigung keine Rücknahmegründe vorliegen und somit das Bauvorhaben nicht mehr verhindert werden kann. Eine Baugenehmigung ist eine gebundene Entscheidung und wenn ein Antragsteller alles liefert, was in der Bauordnung für die Erteilung einer Genehmigung festgelegt ist, hat er einen Anspruch darauf. Die Erteilung einer Baugenehmigung liegt nicht im Belieben der Stadt. Dies sei auch richtig, weil ein Grundstückseigentümer zur Verwirklichung seiner Vorhaben bei Vorliegen aller fachlichen Voraussetzungen einen Anspruch auf eine Entscheidung der Verwaltung hat. Da es sich bei Entscheidungen der Baugenehmigungsbehörde rechtlich um Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis handelt, ist der Oberbürgermeister nicht berechtigt, eine andere Entscheidung anzuweisen.

Im Weiteren geht Herr Dr. Scheidemann anhand eines vorliegenden Lageplanes auf das Gesamtprojekt Grünzug Neustädter Feld ein und führt aus, dass in den Jahren 2003, 2004 mit Einzelmaßnahmen des zentralen Grünzuges begonnen wurde. Er nimmt Bezug auf einen im Januar 2006 im Stadtrat gefassten Beschluss zur Neugestaltung des Hermann-Bruse-Platzes. Insbesondere verweist er darauf, dass es sich dabei um einen Entwurf handelte, wie die weitere Durchführung gestaltet werden soll. Hinsichtlich des Gledizienhains führt er aus, dass diese Fläche vom Tausch mit der WOBAU ausgenommen ist und zitiert wörtlich aus dem Entwurf: „Im Zuge der Realisierung der Umbaumaßnahmen ist geplant, Teilflächen der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg gegen städtische Liegenschaften zu tauschen, wobei die Fläche des ehemaligen 16-Geschossers Hermann-Bruse-Platz 3 vom Tausch ausgenommen ist.“ Versäumt wurde im Planungsentwurf, diese nicht im Eigentum der Stadt befindliche und somit nicht erwerbliche Fläche entsprechend zeichnerisch darzustellen. Herr Dr. Scheidemann verweist nochmals darauf, dass es sich um eine Entwurfsplanung handelt und noch nicht um die Bauleitplanung oder einen Rahmenplan.

Herr Dr. Scheidemann nimmt Bezug auf die Durchführung der bekannten Gestaltung und informiert, dass mit der Beschlussfassung des Vergabeausschusses zur Vergabe der Freiraumgestaltung zentraler Grünzug am Hermann-Bruse-Platz im März 2008 der letzte Mosaikstein in einer öffentlichen Ausschreibung vergeben wurde. Ebenso wurde die Feststellung getroffen, dass mit der Neugestaltung des Hermann-Bruse-Platzes, zweiter Bauabschnitt, die Maßnahme zentraler Grünzug im Neustädter Feld abgeschlossen wird. Abschließend zu seinen Ausführungen zur Realisierung des Grünzuges führt Herr Dr. Scheidemann aus, dass am 06. September 2008 die Maßnahme insgesamt durch die Enthüllung des neuen Stadtteillogos abgeschlossen wurde, ohne den besagten Gledizienhain, der auch im Eigentum der WOBAU stand.

In seinen weiteren Ausführungen geht Herr Dr. Scheidemann auf die liegenschaftlichen Angelegenheiten, also das Grundstückseigentum an den Flächen ein. Anhand eines weiteren Planes zeigt er das Grundstück der Wohnungsbaugesellschaft und die städtischen Teilflächen, welche tatsächlich an den Bauherren des Discountmarktes von der Stadt veräußert worden sind.

Er verweist auf die Hauptsatzung der Landeshauptstadt welche regelt, wann Entscheidungen zu Grundstücksveräußerungen in Fachausschüssen getroffen werden und wann Grundstücksveräußerungen, weil sie einfach vom Wert zu gering sind, als Gegenstand der laufenden Verwaltung entschieden werden. Tatsächlich hat im weiteren Ablauf der Fachbereich Liegenschaftsservice der Stadt Magdeburg diese Splitterflächen an den Bauherren des Discountmarktes veräußert, ohne die Ausschüsse zu kontaktieren und letztendlich hat die Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg die für den Markt benötigte große Fläche veräußert und hat dem Bestandsentwicklungsausschuss im Januar 2009 den Verkauf vorgelegt.

Eingehend auf das Baugenehmigungsverfahren führt Herr Dr. Scheidemann aus, dass der Bauantrag am 17. Dezember 2007 eingereicht wurde. Im Bauausschuss wurde am 10. Januar 2008 in der nichtöffentlichen Sitzung darüber informiert, und letztlich am 07. Januar 2009 die Baugenehmigung erteilt. Er unterstreicht noch einmal, dass eine Baugenehmigung eine gebundene Entscheidung darstellt und ohne Rücknahmegründe diese Genehmigung nicht zurückgenommen werden kann. Das müsste dann in einem Verwaltungsgerichtsverfahren geklärt werden, hier wohl zugunsten des Bauherren, weil im Baugenehmigungsverfahren alle Voraussetzungen erfüllt wurden. Somit musste die Baugenehmigung erteilt werden. Es liegt kein Rahmenplan, kein Bauleitplan vor, sondern eine Entscheidung nach § 34 Baugesetzbuch, der 800er-Märkte zulässt. Wäre die Fläche über 800 m<sup>2</sup> Nutzfläche, wäre ein Bauleitplan erforderlich, das war hier nicht der Fall.

Weiterhin führt Herr Dr. Scheidemann aus, dass der Fehler darin gelegen haben kann, seinerzeit in der ursprünglichen Planung nicht klar herausgearbeitet zu haben, dass sich die Fläche im Eigentum der WOBAU befindet. Es gab zwar Planungen, aber das erforderliche Grundstückseigentum lag nicht bei der Stadt. Deshalb ist diese Fläche auch in der weiteren Abfolge der Herstellung der Grünanlagen nicht mit aufgenommen worden.

Abschließend verdeutlicht Herr Dr. Scheidemann anhand eines Planes des Discountmarktes, so wie dieser genehmigt wurde, dass der Markt auch ohne die städtischen Flächen hätte errichtet werden können. Die damit verbundene geringfügige Verschiebung des Marktes hätte aber an seiner Genehmigungsfähigkeit nichts geändert.

#### Ergänzende Ausführungen des Stadtrates Salzborn, CDU-Fraktion:

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, dankt dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann für seine umfassenden Ausführungen. Kritisch merkt er an, dass die entstandenen Informationsdefizite auch darauf zurückzuführen sind, dass in der entsprechenden GWA-Sitzung keine Vertreter der Verwaltung anwesend waren. Er legt seine Auffassung dar, dass zukünftig die Kommunikation verbessert werden müsse, denn wenn vorher ganz klar der Bürgerwille da gewesen und von der Verwaltung zur Kenntnis genommen wäre, hätte zum Beispiel das Grundstück der Stadt durchaus als ein Schlüsselstück zur Verhinderung dieses Vorhabens genutzt werden können. Diese Chance ist jetzt vertan.

#### Ergänzende Ausführungen des Stadtrates Canehl, fraktionslos:

Stadtrat Canehl, fraktionslos, nimmt Bezug auf einen im Jahr 2004 geführten städtebaulichen Wettbewerb für dieses Stadtgebiet und den in diesem Rahmen gegebenen Hinweis, dass die

WOBAU Eigentümer des Hauptgrundstückes sei. Dieses Wettbewerbsergebnis wurde im Stadtrat als Zielsetzung für diesen Stadtteilmittelpunkt zustimmend zur Kenntnis genommen.

Er kritisiert, dass aus den von der Verwaltung vorgelegten Unterlagen mögliche Vorbehalte für ihn nicht klar ersichtlich waren und auch nicht ausführlich im Bauausschuss informiert wurde.

Abschließend bringt er sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die im Aufsichtsrat der WOBAU vertretenen Mitglieder des Stadtrates, welche das o.g. Wettbewerbsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen haben, jetzt im Aufsichtsrat einem Grundstücksverkauf zustimmen, ohne dass das in den Stadtrat wieder zurückwirkt.

#### Ausführungen des Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper:

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Canehl führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klarstellend aus, dass bisher kein Beschluss gefasst wurde, das Baurecht an dieser Stelle zu verbieten. Er unterstreicht, dass alle durchgeführten Maßnahmen rechtlich abgesichert sind. Kritisch sieht auch er den Mangel an Kommunikation führt aber aus, dass auch bei einer Entscheidung der GWA gegen die Baumaßnahme, diese auf Grund der Rechtslage von ihm nicht hätte verhindert werden können.

#### Nachfrage von Frau Hasenfuß:

Und zwar, wenn ich denn schon mal hier bin, dann möchte ich auch die Gelegenheit nutzen, im Stadtteil, da blubbert auch immer die Gerüchteküche und die hat schon sehr früh geblubbert, nämlich dahingehend, dass das angrenzende Grundstück, auf dem sich das Ärztehaus befindet, mit veräußert worden sein soll an den Investor, woraufhin ich das insolvenzverwaltende Immobilienunternehmen kontaktiert habe und der Herr am anderen Ende der Telefonleitung hat das so bestätigt, dass ohne dieses Grundstück der Bau hätte nicht realisiert werden können aufgrund von Zuwegführungen und dass man die Fläche benötigt für Parkplatzanlage. Nun ist die Fragestellung, was wird mit dem Ärztehaus, inwieweit ist das Ärztehaus gefährdet und das ist natürlich eine Fragestellung, die für die Menschen, die dort leben, relevant ist und wo eine Klarheit auch erwünscht ist.

#### Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass es sich hier um privatrechtliche Angelegenheiten handelt, auf die die Stadt auch keinen Einfluss hat. Erläuternd führt er aus, dass im Baugenehmigungsverfahren der Stadt zwar Kaufverträge vorgelegt werden, wenn besondere Maßnahmen wie Entwicklungsmaßnahmen, Sanierungsmaßnahmen oder ein städtisches Vorkaufsrecht in dem Bereich bestehen. Im Ergebnis einer von ihm veranlassten Prüfung wurde festgestellt, dass in diesem konkreten Fall der Verwaltung nichts vorliegt.

Nur in dem Fall, dass die Möglichkeit besteht, es könne ein städtisches Vorkaufsrecht oder eine Sanierungs- und Entwicklungssatzung vorliegen, besteht die Verpflichtung die Stadt einzubeziehen als Notar, also die Stelle, die den Kaufvertrag beurkundet. Der Stadt werden aber nicht grundsätzlich alle Grundstücksgeschäfte, die in der Stadt laufen, als Kontroll- oder Prüfungsgremium vorgelegt. Es wurde versucht Kontakt herzustellen, aber da ist der Kenntnisstand ähnlich wie bei der Bürgerin. Offizielle Vorgänge liegen dem Baudezernat nicht vor.

Weitere Nachfrage von Frau Hasenfuß:

Der Immobilienherr hat allerdings in der Wir-Form gesprochen und dass es Schwierigkeiten mit dem Bauordnungsamt gab, zur Realisierung und dort mehrere Nacharbeiten erforderlich waren und dass diese Fläche zwingend erforderlich ist, um die Zufahrtregelung und Parkplatzgestaltung regeln zu können und ohne diese Fläche es nicht gehen würde und die Eintragung ins Grundbuch in den nächsten drei Wochen in etwa erfolgen soll und daher noch nicht wirklich öffentlich darüber gesprochen werden kann weil erst zu diesem Zeitpunkt der eigentliche Eigentümerwechsel erfolgt.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Herr Dr. Scheidemann informiert, dass in Vorbereitung der von ihm gegebenen Informationen alle Ämter des Baudezernates beteiligt waren. Seitens des Bauordnungsamtes gab es keine Informationen hinsichtlich des Ärztehauses. Mit Bezug auf den vorliegenden Plan erläutert er, dass die Gebäude selbst so weit von den Abstandsflächen entfernt liegen, dass dort kein Eigentum erworben werden muss. Möglich wäre, dass eine Baulast eingetragen worden ist zur Sicherung. Aber das heißt nicht, dass an das Grundstückseigentum herangegangen werden muss. Hierzu liegen ihm seitens des Bauordnungsamtes keine Informationen vor. Auf Grund der Tatsache, dass der Abstand zwischen Ärztehaus und dem Kubator des Discountmarktes ausreichend ist, geht er davon aus, dass tatsächlich, allerhöchstens eine Baulast eingetragen wird.

Die ausführliche Beantwortung erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.           Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

---

8.1. Schriftliche Anfrage (F0054/09) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Gartenhaus im Klosterberggarten

Seit einiger Zeit wird im beliebten Klosterberggarten das kleine Gartenhaus saniert.

**Ich frage den Oberbürgermeister:**

Auf welche Höhe beläuft sich der Sanierungsaufwand? Wer war bzw. ist mit der Bauausführung beauftragt? Wann ist Fertigstellungstermin? Welche künftige Nutzung ist dort vorgesehen?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch

In Beantwortung der Anfrage informiert der Bürgermeister Herr Dr. Koch, dass der Sanierungsaufwand Dachinstandsetzung, Flammenbekämpfung, Fenstererneuerung und Medienanschlüsse beinhaltet. Die Nebenkosten im Hinblick auf diese Kosten belaufen sich dabei auf rund 70.000 Euro und die Finanzierung der Leistungen erfolgt durch die Städtebauförderung. Zusätzlich eingeworben aus dem Bereich Denkmalschutz wurden Mittel in Höhe von 8.500 Euro, von der Lotto Toto GmbH in Höhe von 9.000 Euro. Diese Mittel sind mittlerweile auch abgearbeitet worden. Mit der Baudurchführung ist der Eigenbetrieb KGm beauftragt. Hier wurden entsprechende Fachlose erteilt. Die bauordnungsrechtliche Abnahme ist für den 18. Mai 2009 vorgesehen. Die inhaltliche Nutzung soll zu einer dauerhaften Präsentation von Leben und Werk von Georg Philipp Telemann ausgestaltet werden. Die Betreuung des Gartenhauses sowie die gleichzeitige Eintrittskassierung soll vom Verein „Gartenträume“ im Wesentlichen erfolgen und als Verkaufsstab von Exponaten der jeweiligen Bereiche genutzt werden. Es ist gedacht, von Mai bis September feste Öffnungszeiten für den Besucherverkehr vorzusehen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge bestätigt der Fragesteller die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

8.2. Schriftliche Anfrage (F0053/09) des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Zoobesuch mit Familieneintrittskarte

Vor wenigen Tagen fand im Magdeburger Rathaus ein Seniorenforum der Magdeburger Seniorenvertretung statt. Dabei wurde u.a. die Frage aufgeworfen, warum beim Besuch des Zoologischen Gartens Magdeburg Großeltern in Begleitung ihrer Enkelkinder nicht dieselbe Möglichkeit des Erwerbs einer Familieneintrittskarte gegeben wird wie Eltern mit ihren Kindern. Da ich diese Situation insbesondere vor dem Hintergrund der angestrebten Familienfreundlichkeit unserer Stadt selbst auch schwerlich nachvollziehen kann

**frage ich den Oberbürgermeister:**

Ist es möglich, den Erwerb einer **Familieneintrittskarte** zum Zoobesuch auch für **Kinder in Begleitung ihrer Großeltern** kurzfristig anzubieten?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass seines Erachtens, die Festlegung der Eintrittspreis im Aufsichtsrat der Zoo GmbH und nicht durch den Stadtrat erfolgt. Nach seiner Auffassung sollte zunächst der Begriff „Familie“ inhaltlich definiert sein. Herr Dr. Trümper sagt zu, diesen Sachverhalt prüfen zu lassen und zu versuchen, eine entsprechende Lösung zu finden.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3. Schriftliche Anfrage(F0057/09)des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Teilnahme an der SGK-Tagung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Ausgabe der „Volksstimme“ vom 23. April 2009 werden Sie in Bezug auf Ihre Teilnahme an der Tagung der „Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)“ in Magdeburg am 23./24. April 2009 mit den Worten zitiert: „Das ist keine politische Veranstaltung“.

Allerdings bedurfte es nicht unbedingt tieferer Recherchen bei Wikipedia, um die SGK als eine Vereinigung der SPD zu orten, genauer gesagt, als bundesweite Organisation für sozialdemokratische Kommunalos, aber eben der SPD zugehörig.

Es braucht an dieser Stelle wohl auch nicht darüber gestritten werden, dass die SPD zweifellos eine politische Partei innerhalb der Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland ist.

Daher verwundert Ihre zitierte Aussage in der „Volksstimme“ doch sehr und wir fragen deshalb:

1. Sind Sie tatsächlich der Auffassung, dass es sich bei der Tagung der Bundes-SGK in Magdeburg nicht um eine politische Veranstaltung handelt?
2. Finden Sie es nicht ungerecht, wenn Sie Ihren MitarbeiterInnen per Verfügung die Teilnahme an Veranstaltungen Dritter – insbesondere von politischen Parteien, Abgeordneten und Stadträten – untersagen und sich selbst das Recht herausnehmen, einfach einen anderen Maßstab anzulegen, indem Sie behaupten, die Tagung der SGK wäre keine politische Veranstaltung?
3. Gilt für den Oberbürgermeister und Mitglied der SPD eine andere Regelung?
4. Wie definiert sich nach Ihrer Auffassung eine politische Veranstaltung?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In Beantwortung der Anfrage informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper zum Hintergrund seiner in der Anfrage zitierten Äußerung im in der Magdeburger Volksstimme veröffentlichten Presseartikel. Insbesondere verweist er darauf, dass ihm zu diesem Zeitpunkt die Themen der Veranstaltung noch nicht bekannt waren. Anderenfalls hätte es die zitierte Äußerung nicht gegeben. Gleichfalls verweist er darauf, dass die Frist, in der eine Teilnahme von Verwaltungsvertretern an politischen Veranstaltungen sechs Wochen vor der Kommunalwahl

untersagt ist, noch nicht unterschritten war. Klarstellend führt er weiterhin aus, dass Einladender zu dieser Veranstaltung die SPD-Fraktion des Stadtrates war. Er hält es für legitim, dass Fraktionen ihre Amtskollegen aus anderen Städten zu Veranstaltungen einladen, und dies auch von anderen Fraktionen so gemacht wird. Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass er zum jetzigen Zeitpunkt an einer derartigen Veranstaltung nicht mehr teilnehmen und dies auch Verwaltungsvertretern nicht gestatten würde, da seit dem 26. April die Wahlkampfzeit läuft.

Zur Nachfrage des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob eine Einladung seiner Fraktion an den Landesverband Bündnis 90 zur Durchführung eines Parteitages innerhalb des Rathauses als problematisch gesehen wird führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass dies nicht zulässig sei. Er bietet jedoch an, dass die Details in einem anderen Gesprächsrahmen einmal zu besprechen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge bestätigt der Anfragersteller die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

#### 8.4. Schriftliche Anfrage (F0061/09) des Stadtrates Canehl, fraktionslos

Nutzung Schulgelände Am Glacis

im Schulgebäude Am Glacis/Wilhelm-Külz-Straße ist jetzt außer der kommunalen Grundschule „Am Glacis“ die evangelische Grundschule untergebracht. Die private Grundschule hat die Freiflächen in den „Vorgarten“ des Gebäudes verlegt. Der Sportplatz der ehemaligen vor etwa 10 Jahren geschlossenen Sekundarschule „Gerhart-Hauptmann“ wurde vor kurzem mit einem Zaun abgetrennt und ist heute nicht mehr zugänglich.

Seitens der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit Stadtfeld Ost wurde diese derzeit ungenutzte Fläche zur Minderung des eklatanten Spielflächendefizits (DS 0058/09) als Aufenthaltsfläche und Bolzplatz für Jugendliche vorgeschlagen. Die Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit überlegt die Durchführung eines Projektes, um verschiedenen Altersgruppen hier ein Angebot zu machen. Dabei könnte der Zugang von der Fußwegverbindung Hans-Löscher-Straße erfolgen.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgende Fragen:

- 1. Von wem wurde der Auftrag zur Abtrennung der Schul- und Sportflächen erteilt? Welcher Ausschuss des Stadtrates hat dies beschlossen?**
- 2. Kann die entstandene ungenutzte Freifläche als Spiel- und Freizeitfläche für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zur Verfügung gestellt werden?**

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass in seiner Sprechstunde Kinder der Grundschule „Am Glacis“ vorsprachen und ebenfalls diese Fragestellungen vorbrachten. Im Rahmen der Sprechstunde wurde den Kindern mitgeteilt, dass die Absperrung erfolgte, da die vorhandene Fläche für die Größe der Grundschule momentan ausreichend sei. Derzeit laufe eine Untersuchung zur Nutzung der Fläche. Am Beispiel des errichteten Bolzplatzes in der Harsdorfer Straße erläutert er die Erforderlichkeit, die Genehmigungsfähigkeit für den Bau eines Bolzplatzes auf der genannten Fläche zu prüfen. Diese Prüfung wird derzeit durchgeführt. Eine entsprechende Beantwortung der Fragen der Kinder konnte noch nicht erfolgen, da das Prüfungsergebnis noch nicht vorliegt. Im Ergebnis der Prüfung wird eine Entscheidung zur Fläche getroffen und auch die Kinder darüber informiert.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.5. Schriftliche Anfrage (F0063/09) des Stadtrates Krause, Fraktion DIE LINKE

Abbau von Postbriefkästen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

immer wieder hat die Deutsche Post AG in den vergangenen Jahren zum Leidwesen vieler Magdeburgerinnen und Magdeburger Postbriefkästen ersatzlos demontiert bzw. Postfilialen geschlossen. So auch wieder der Postbriefkasten Am Stern (Nähe Straßenbahnhaltestelle) in Neu Olvenstedt.

Wenn immer weitere Wege in Kauf genommen werden müssen, die von einer stetig alternden Bevölkerung kaum zu bewältigen sind, stellt das zunehmend eine Verminderung der Wohnumfeldqualität dar. Aber auch Gewerbetreibende haben mit dieser Situation ihr Problem.

Das wiegt insbesondere dann umso schwerer, wenn wiederholt Stadtteile betroffen sind, die durch Stadtumbauprozesse und soziale Belastungsfaktoren ohnehin ganz besonders herausgefordert sind.

Im Wissen, dass dieses Problem nicht im unmittelbar kommunalen Wirkungsbereich der LH Magdeburg liegt

**frage ich den Oberbürgermeister:**

Welche Möglichkeit hat die LH Magdeburg dennoch und kann hierbei im Sinne ihrer Einwohnerinnen und Einwohner unterstützend wirken?

Sind Sie mit mir der Ansicht, dass eine durch den Oberbürgermeister eingeladene und moderierte Gesprächsrunde mit der Politikbeauftragten der Deutschen Post AG und weiteren Vertretern der Deutschen Post AG sowie Vertretern des Stadtrates und der Seniorenvertretung, die in diesem Kontext die Situation der gesamten Stadt in Blick nimmt, helfen kann und ein erster gemeinsamer Schritt zur Lösung dieses Problems sein kann?

Sind Sie, sehr geehrter Herr Dr. Trümper, gewillt, diese Einladung vorzunehmen und eine solche Gesprächsrunde durchzuführen? Wenn ja, wann könnte dies geschehen? (Wenn nein, warum nicht?)

Ich bitte um kurze mündliche und **ausführliche schriftliche** Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper erklärt sich bereit, eine entsprechende Einladung auszusprechen, weist aber darauf hin, dass eine Gesprächsführung erst erfolgen sollte, wenn die Bereitschaft der Deutschen Post vorliegt, sich der angesprochenen Problematik anzunehmen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung

8.6. Schriftliche Anfrage (F0060/09) des Stadtrates Ansorge, CDU-Fraktion

EU-Förderprogramm Öffentliche Gesundheit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

die EU-Kommission hat das Förderprogramm Öffentliche Gesundheit ausgeschrieben. Das Programm ist mit 50 Mio. € ausgestattet und richtet sich an staatliche Gesundheitsbehörden sowie nicht gewinnorientierte Einrichtungen im Gesundheitsbereich. Mit den Mitteln sollen Studien, Seminare, Informationsaustausche sowie der Aufbau von Netzwerken mitfinanziert werden. Die Anmeldefrist für dieses Programm endet bereits am 20. Mai dieses Jahres.

Daher möchte ich Ihnen heute folgende Fragen stellen:

1. Ist der Stadtverwaltung dieses Förderprogramm bekannt?
2. Wenn ja, wurden entsprechende Anträge gestellt bzw. wird eine Antragsstellung vorbereitet?
3. Wenn keine Antragsstellung erfolgen soll, welche Gründe liegen hierfür vor?

Neben einer mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning:

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, Herr Brüning, legt dar, dass der Verwaltung das Förderprogramm bekannt ist. Es geht auf Beschlüsse des Europäischen Parlamentes und Rates im Oktober 2007 zurück und läuft von 2008 bis 2013. Anträge können jährlich gestellt werden. Die Landeshauptstadt Magdeburg hat nicht die Absicht, das Förderprogramm zu nutzen, obwohl die Förderung 50 und 60 Prozent betragen kann. Der Grund ist, Projekte sind förderfähig, wenn sie einen zusätzlichen Wert im Bereich der öffentlichen Gesundheit auf europäischer Ebene erbringen. Die Vorhaben der Landeshauptstadt

Magdeburg bei der Förderung der öffentlichen Gesundheit erreichen dieses Niveau nicht.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge bestätigt der Anfrager die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

#### 8.7. Schriftliche Anfrage (F0058/09) der Stadträtin Paquè, FDP-Fraktion

Anfrage zur Information I0082/09

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Information I0082/09 zu dem interfraktionellen Antrag A0070/08 hat mich dazu veranlasst, selbst einige einfache Recherchen in Blumengeschäften durchzuführen. Die Resultate meiner Gespräche weichen in etlichen Punkten von den Darstellungen in der Information ab.

Daher bitte ich Sie, mir nachstehende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. 72 Blumengeschäfte und einen Großhandel gibt es lt. Googlesuche in Magdeburg. Wie wurde die Erhältlichkeit dort im Einzelnen recherchiert? Wie viele dieser Geschäfte wurden in welcher Form und mit welcher Fragestellung befragt?
2. Aus wie vielen Blumengeschäften werden die Blumen, Kränze und Gebinde jährlich bezogen (bitte nach Jahresscheiben der vergangenen drei Jahre angeben)?
3. Welche vertraglichen Bindungen zu einzelnen Blumenhändlern gibt es?
4. Waren Liefertermine in den vergangenen drei Jahren Grund für den Kauf von nicht einheimischen und aus nicht Fairem Handel erzeugten Blumen?

#### Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über ein an ihn gerichtetes Schreiben von den Floristen der Stadt Magdeburg, welche sich über den gesamten Tenor der Debatte im Stadtrat beklagen. Er zitiert Passagen aus diesem Schreiben, welche die Praxis des deutschen Blumenhandels betreffen. Im Schreiben wird u.a. darauf verwiesen, dass der Ratsantrag auf faire und regionale produzierte Blumengeschenke zwar sehr positiv zu bewerten sei, aber regional produzierte Schnittblumen, ebenso wie Schnittblumen aus dem Flower Label Programm, definitiv nicht ganzjährig in marktrelevanten Sortimenten zur Verfügung stehen. Im Weiteren enthält das Schreiben Aussagen zur prozentualen Aufteilung von Blumenimporten. Insgesamt zeigt sich der Verband der Floristen mit der bestehenden Situation jedoch zufrieden. Der Oberbürgermeister sagt zu, das Schreiben allen Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung zu stellen.

Die ausführliche Beantwortung erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die vorliegenden Anfragen F0048/09, F0049/09, F0050/09, F0051/09, F0052/09, F0055/09, F0056/09, F0059/09, F0062/09 und F0064/09 werden schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

## 9. Informationsvorlagen

---

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.12 werden zur Kenntnis genommen.

9.3. Ersatz des Spielplatzes im Vogelgesangpark I0025/09

---

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bittet darum, die Information I0025/09 nochmals auf die Tagesordnung des Stadtrates zu setzen, wenn die entsprechende Drucksache der Verwaltung vorliegt.

9.12. Fair und regional produzierte Blumen I0082/09

---

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert sich kritisch zur vorliegenden Information und merkt dabei u.a. an, dass die dargelegte Wettbewerbssituation so nicht richtig ist. Er bittet darum, das Thema weiter zu behandeln.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf seine Ausführungen zur Anfrage F0058/09 der FDP-Fraktion.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge  
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther  
Protokollantin

Anlage 1 – Pers. Erkl. Des Stadtrates Herbst, Fraktion Bü90/Grüne

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Ansorge, Jens

**Mitglieder des Gremiums**

Balzer, Falko

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Mewes, Hans-Joachim

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schmicker, Wolfgang

Schob, Sigrid

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Siedentopf, Uta

Szydzick, Claudia

Trümper, Lutz Dr.

Veil, Thomas

Wähnelt, Wolfgang

Westphal, Alfred  
Wübbenhorst, Beate  
Zimmer, Gerd Dr.

**Abwesend**

Bischoff, Norbert  
Bromberg, Hans-Dieter  
Frömert, Regina  
Grünert, Gerald  
Heendorf, Michael  
Hildebrand, Jürgen Dr.  
Hoffmann, Martin  
Schmidt, Kurt Dr.  
Stage, Michael  
Stage, Mirko  
Stern, Reinhard

**Geschäftsführung**

Ignatuschtschenko, Anne Dr.  
Luther, Silke